

Die gewerkschaftliche Entwicklung in den Reformländern Ost-, Mittel- und Südosteuropas unter Berücksichtigung ihrer Parteienlandschaft

GÜNTHER ÖFNER
ESTHER SCHÖLLUM

Der politische Umbruch in den Reformländern Ost-Mitteleuropas konnte wesentlich von neuen gewerkschaftlichen Initiativen mitausgelöst und beschleunigt werden. Nicht nur die Pionierrolle der polnischen Solidarność sei hier nochmals ausdrücklich gewürdigt, auch in der Tschechoslowakei hat es einen engen Schulterschuß zwischen Bürgerrechtskomitees und betrieblichen bzw. gewerkschaftlichen Striktkomitees gegeben, vor allem in der Phase des Zusammenbruchs des kommunistischen Machtapparats. Auch in Bulgarien und Rumänien haben gewerkschaftliche Initiativen außerhalb der offiziellen Staatsgewerkschaften den politischen Umgestaltungsprozeß angeführt bzw. wesentlich mitgestaltet. Auch in der Sowjetunion artikuliert sich der Protest gegen die Regierung und gegen Präsident Gorbatschow sichtbar und spektakulär etwa in den Streiks der Kohle- und Bergarbeiter, die als Keimzelle einer neuen Arbeitnehmerorganisation

zu betrachten sind und in Nowokusnezsk im Mai 1990 einen eigenen, unabhängigen Gewerkschaftsbund gegründet haben.

Schon diese wenigen Hinweise zeigen, daß sich Selbstverständnis und Struktur gewerkschaftlicher Arbeit in Osteuropa dramatisch verändert haben. Während sich die alten Staatsgewerkschaften, in Einheit mit Partei und Regierung, als Instrumente verstanden haben, den Willen der Herrschenden den Arbeitnehmern aufzuzwingen, stehen Repräsentanten neuer, freier und unabhängiger gewerkschaftlicher Initiativen an der Spitze des Reformprozesses. Wobei nicht übersehen werden darf, daß die Rolle der Staatsgewerkschaften als Teil des Macht- und Unterdrückungsapparats in großen Teilen der Arbeitnehmerschaft dem Gewerkschaftsgedanken an sich schweren Schaden zugefügt hat und die Skepsis gegenüber gewerkschaftlichen Organisationsformen groß ist.

Immer wieder wird darauf verwiesen, daß die erstaunlich rasche und erfolgreiche Wiederaufbauleistung in Mitteleuropa nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges nur möglich war, weil eine funktionierende Sozialpartnerschaft gemeinsam mit der Regierung bereit und instande war, eine sozial ausgewogene Entwicklung zu gewährleisten. Nur so gelang es, den sozialen Frieden zu bewahren, sich um Verteilungsgerechtigkeit zu bemühen und gleichzeitig Populismus und soziale Demagogie erfolgreich zurückzudrängen. Der wirtschaftliche, politische, gesellschaftliche und soziale Umbruch in den Reformländern Ost-Mitteleuropas ist von seiner Dimension her durchaus mit den Aufbaunotwendigkeiten in den fünfziger Jahren vergleichbar. Auch in diesen neuen

Demokratien ist eine funktionierende Sozialpartnerschaft, und eine solche setzt freie, unabhängige und repräsentative Gewerkschaften voraus, eine unverzichtbare Notwendigkeit für eine gedeihliche Entwicklung. Es ist für ganz Europa von ausschlaggebender Bedeutung, ob dieser gewaltige Reformprozeß gelingt, und wie die zunehmenden sozialen, nationalen und politischen Spannungen gelöst werden können. Deshalb muß auch ganz Europa ein Interesse daran haben, mitzuhelfen, daß die für eine freie und demokratische Entwicklung wichtigen Strukturen entstehen und wachsen können.

Grundzüge der Gewerkschaftsstrukturen in den Reformländern

Sieht man von der derzeitigen Situation in der ČSFR ab, so haben sich in allen Reformländern sehr differenzierte Gewerkschaftsstrukturen herausgebildet. Es hat sich eine Reihe von Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbänden gebildet, die einerseits miteinander konkurrieren, und die andererseits in ihrer gewerkschaftspolitischen Ausrichtung pluralistisch und heterogen sind. Als verständliche Gegenreaktion zum jahrzehntelang vorherrschenden Zentralismus sind die neuen Organisationsformen besonders dezentral und auf Betriebe, Branchen bzw. Berufsgruppen hin organisiert. Eine wesentliche Rolle spielen auch nationale und föderale Gesichtspunkte, die ebenfalls in etlichen Fällen als Strukturprinzipien anzusehen sind. Berufsverbände, Branchenzusammenschlüsse, Unternehmens- und Betriebsgewerkschaften, Standesorganisationen und gewerkschaftliche Strukturen für Berufsgruppen, die bisher überhaupt nicht organisiert waren, etwa Polizei, ergeben ein vielfältiges und sehr unterschiedliches Organisationsmuster. Das Mißtrauen, sowohl der Funktionäre als auch der Mitglieder, gegenüber übergeordneten gewerkschaftlichen Strukturen mag

zwar von Land zu Land unterschiedlich groß sein, es kommt aber überall auch insofern zum Ausdruck, als die reale Handlungsautonomie der kleinen Einheiten sehr groß ist, während die Bereitschaft, zentrale Vorgaben auszuführen, sehr abgenommen hat. Der erstarkte Nationalismus, der in der ČSFR, aber auch in Rumänien, Jugoslawien und der Sowjetunion anzutreffen ist, belastet alle Organisationsformen zusätzlich. In der ČSFR etwa hat das dazu geführt, daß die beiden Landesteile Böhmen und Mähren einerseits, sowie Slowakei andererseits, im neuen Gewerkschaftsdachverband ČSKOS über jeweils eigenständige, föderale Strukturen verfügen. Föderative Elemente kommen in einzelnen Ländern auch insofern sehr stark zum Tragen, als die Autonomie der Einzelgewerkschaften, die sich einem Dachverband angeschlossen haben, ausdrücklich festgeschrieben wurde.

Vielfältiges, pluralistisches Gewerkschaftssystem

Die durchaus unterschiedlichen Erfahrungen, die in den westlichen Industrieländern mit konkurrierenden Gewerkschaften bzw. einem hochdifferenzierten und zersplitterten Gewerkschaftssystem gemacht wurden, werfen natürlich die Frage auf, ob nicht die Durchsetzbarkeit gewerkschaftlicher Interessen unter einer zu großen Zersplitterung leiden wird. Andererseits muß aber vor allem berücksichtigt werden, daß ein Großteil der neuen gewerkschaftlichen Initiativen und Organisationsformen aus dem Kampf um die Ablösung der alten politischen Machtapparate entstanden ist und eine Oppositionsbewegung gerade auch den alten Gewerkschaften gegenüber darstellen. Als Auslöser und Träger des Wandels sieht sich ein großer Teil der neuen Gewerkschaften auch verantwortlich dafür, die mit den wirtschaftlichen Reformen verbundenen sozialen Härten einzugrenzen, gleichzeitig aber den Reformprozeß weiter-

zutreiben. Sowohl die Solidarność in Polen als auch die Demokratische Liga der Unabhängigen Gewerkschaften in Ungarn wie auch die Podkrepa in Bulgarien haben versucht, mit der Regierung bei der Gestaltung des Reformprozesses zusammenzuarbeiten. Sei es durch Mäßigung bei Lohnforderungen, durch Mitarbeit bei Umstrukturierungsmaßnahmen oder die Vereinbarung eines zeitlich begrenzten Streikverzichts.

Die meisten neuen Gewerkschaften sind kaum ideologisch ausgerichtet, sondern sehen ihre Vorbilder in den sozialen Marktwirtschaften Deutschlands und Österreichs. Das Bekenntnis zur Einführung der Marktwirtschaft unter Voraussetzung von sozialen Rahmenbedingungen und ökologischen Rücksichtnahmen ist weit verbreitet. Der größte Teil der neuen Gewerkschaften steht im scharfen Gegensatz zum Sozialismus und lehnt explizit sozialistische Zielsetzungen ab. Die Diskreditierung aller Ziele und Begriffe, die mit Sozialismus identifiziert werden, ist tiefreichend und hat auch dazu geführt, daß die nur nominell oder auch tatsächlich reformierten alten Gewerkschaften heute großteils ebenfalls jede Bezugnahme auf Sozialismus oder sozialistisches Gedankengut vermeiden. Die pragmatische wirtschaftspolitische Sicht der neuen Gewerkschaften erleichtert diesen auch das Mittragen der weitreichenden Privatisierungsvorhaben, die in fast allen Reformländern derzeit im Gange sind.

Zwar gibt es laufend heftige Auseinandersetzungen um einzelne Maßnahmen, insgesamt aber gibt es derzeit zwischen den meisten neuen Gewerkschaften und den von den Regierungen überwiegend vertretenen wirtschaftspolitischen Leitlinien, die eher in Richtung Marktwirtschaft gehen, eine gewisse grundsätzliche Übereinstimmung.

Paradoxerweise sind es die alten Staatsgewerkschaften bzw. die nun reformierten „alten“ Gewerkschaften,

die, etwa in Polen oder Rumänien, soziale Demagogie und extremen Populismus betreiben und auch versuchen, die nun zutage getretenen Probleme, wie Arbeitsplatzverlust, hohe Inflation und wirtschaftliche Verschlechterung auszunützen. Die sehr schlechte soziale und wirtschaftliche Situation birgt natürlich ungeheuren Sprengstoff in sich, gerade die gemäßigten und demokratischen Kräfte sind besorgt, daß mehr und mehr Menschen dieser sozialen Polemik wieder Glauben schenken könnten.

Einen großen Nachteil bedeutet für die neuen Gewerkschaften auch die Tatsache, daß die zum Teil inzwischen reformierten „alten“ Gewerkschaften noch immer über gewaltiges Geldvermögen und eine Vielzahl von Sozial Einrichtungen verfügen. Das hilft ihnen natürlich, Mitglieder zu binden und einen Großteil ihrer Strukturen aufrechtzuerhalten. Mit Ausnahme der ČSFR kann auch gesagt werden, daß trotz der Reformen und Umbenennungen in etlichen der alten Gewerkschaften nach wie vor führende Repräsentanten des kommunistischen Machtapparates tätig sind. Es ist deshalb auch nicht anzunehmen, daß es in absehbarer Zeit möglich sein wird, in diesen Reformländern zu einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung zu kommen.

Die neuen Gewerkschaften haben aber auch mit gewaltigen Problemen in ihrer Arbeit selbst zu kämpfen. Klarerweise verfügen sie nicht über jenen reichhaltigen Erfahrungsschatz, wie ihn in bezug auf Tarifverhandlungen, mikro- und makroökonomische Entscheidungen, Verhandlungstaktik und Organisationsfragen westeuropäische Gewerkschaften haben. Sie haben auch mit großen Personalproblemen zu kämpfen, weil es einfach an Fachleuten in bezug auf Rechts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik fehlt. Die Tatsache, daß jahrzehntelang alles von oben vorgegeben wurde, hat auch zu einer verbreiteten Passivität bei den Arbeitnehmern selbst geführt, was

natürlich auch die Arbeit der neuen Gewerkschaften nicht gerade erleichtert. Auch die interne Meinungsbildung ist vielfach noch sehr schwierig, es fehlt an Kommunikationsmöglichkeiten und Geld, Schulung und Information sind noch unterentwickelt, die Erwartungen der eigenen Funktionäre und Mitglieder oft zu hoch gesteckt. Die Verworrenheit der Medienlandschaft und fehlende Apparate in der Öffentlichkeitsarbeit erschweren zusätzlich die Darstellung der gewerkschaftlichen Positionen. Die Schwerfälligkeit in den Entscheidungsstrukturen verhindert vielfach überhaupt, daß es zu einer klaren Positionsfestlegung kommt.

Neue Gewerkschaften und politische Parteien

Was die Beziehungen der einzelnen neuen Gewerkschaften zu den bereits bestehenden oder in Gründung befindlichen politischen Parteien anbelangt, so ist die Situation sehr differenziert. Während sich etwa in Solidarność wesentlich mitverantwortlich für die politischen Entscheidungen im Land sieht und auch maßgeblichen Einfluß auf den Ausgang der Parlamentswahlen in Polen nehmen wird, gibt es in den meisten anderen Reformländern keine festen Bindungen zwischen neuen Gewerkschaften und neuen Parteien. In den Parlamenten finden sich Gewerkschafter aus ein und derselben Gewerkschaft in verschiedenen Parteien, wie etwa in Ungarn. In Bulgarien, Rumänien und Albanien etwa, wo sich noch kein stabiles pluralistisches Parteiensystem ausgebildet hat, sehen sich die neuen Gewerkschaften als Opposition und gesellschaftliche Gegengruppe.

Diese Situation erschwert natürlich für die neuen Gewerkschaften die Möglichkeiten zur Mitgestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Ein Handicap ist auch die Tatsache, daß es kein entsprechendes Gegenüber

in Form von freien, unabhängigen Arbeitgeberorganisationen gibt, die natürlich auch notwendig wären, um eine funktionsfähige Sozialpartnerschaft österreichischer oder deutscher Prägung zu realisieren.

Die Situationsanalyse zeigt, daß trotz der gewaltigen Fortschritte in den letzten Monaten und Jahren, die neuen, unabhängigen und freien Gewerkschaften noch gewaltige Herausforderungen bewältigen müssen, um ihre angestrebte Rolle als effiziente Vertretung der Arbeitnehmerinteressen voll ausüben zu können. Es wäre auch falsch und gefährlich, aus westlicher Sicht einfache Rezepte weiterzugeben und zu glauben, daß damit ohne weiteres die schwierige Situation bewältigt werden kann.

Tiefreichende wirtschaftliche Probleme im Zuge der Umgestaltung

1990 stellt das erste Jahr des Überganges der ehemaligen RGW-Länder von einer zerfallenden Kommando- zu einer sich erst formierenden Marktwirtschaft dar. Entwicklungstempo und -richtung waren in den einzelnen Ländern dabei durchaus unterschiedlich. Insgesamt aber hat die Entwicklung schwierige soziale, wirtschaftliche und politische Probleme aufgeworfen.

Die Wirtschaften der Reformstaaten sind 1990 stark geschrumpft. Nach derzeitiger Einschätzung durch das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsbereiche (WIIW) muß auch 1991 mit einer Fortsetzung der Talfahrt gerechnet werden. Trotz des Rückganges in der Produktion hat sich dabei die Inflation deutlich beschleunigt. Die Nettoverschuldung hat von 117 Milliarden Dollar 1989 auf 134 Milliarden Dollar 1990 zugenommen. Am stärksten sank die Industrieproduktion in den kleineren Staaten Osteuropas, wo sie um durchschnittlich 18 Prozent sank. Der Rückgang in der UdSSR fiel mit etwa 4 Prozent deut-

lich geringer aus, in Jugoslawien betrug der Rückgang rund 10 Prozent.

Privatsektor als Lichtblick

Als ein positives Zeichen ist das starke Wachstum im privaten Sektor zu sehen. Allerdings ist der Privatsektor in allen Ländern noch zu klein, um den Rückgang im staatlichen Sektor aufzufangen. Vor allem in der UdSSR und in der ČSFR sind immer mehr Leute, meist im Rahmen eines Zweitjobs, im Privatsektor tätig. In ihrem Hauptberuf arbeiten sie nach wie vor in einem Staatsbetrieb. In Polen dagegen hat sich im Zuge der Stabilisierungspolitik die Zahl der Insolvenzen im Privatsektor stark erhöht. Hier findet ein erster, sehr schmerzlicher Ausleseprozeß bei den erst vor kurzem gegründeten Unternehmungen statt.

Der Rückgang der Wirtschaftsaktivitäten im Staatssektor wird vor allem auf die Verwirklichung der Stabilisierungsprogramme, auf Strukturänderungen, auf den Zusammenbruch des Intra-Comecon-Handels sowie auf die Zurückhaltung der westlichen Banken, neue Kredite zur Verfügung zu stellen, zurückgeführt. Die Oststaaten mußten als Folge dieser Entwicklung auch ihre Guthaben im Westen stark reduzieren.

Expandierender Ost-West-Handel

1990 stiegen die Exporte der OECD in den Osten (ohne DDR, inklusive Jugoslawien) real um 4 Prozent. Die Ausfuhren in die UdSSR waren dem gegenüber rückläufig. Allerdings stagnierten gleichzeitig die Importe. Deshalb hat sich das Handelsbilanzdefizit der Region mit dem Westen in konvertierbaren Währungen deutlich erhöht, nämlich von 5 Milliarden auf 6,1 Milliarden Dollar. Besonders stark verschlechtert hat sich das Ungleichgewicht in der Handelsbilanz Rumäniens. Deutlich verbessert haben sich

hingegen die Handelsbilanzen Polens und Ungarns, die 1990 sogar Überschüsse ausgewiesen haben. Wirtschaftsexperten gehen davon aus, daß der Ost-West-Handel 1991 um rund 4 Prozent wachsen wird. Der Warenaustausch mit der UdSSR hingegen wird bestenfalls stagnieren, eher leicht zurückgehen.

Erschwerend für die Reformländer wirkt sich die Tatsache aus, daß sie einen großen Teil ihrer Hartwährungseinnahmen für die Bezahlung der Erdölimporte aus der UdSSR und dem OPEC-Raum aufwenden müssen. Seit 1. Jänner 1991 muß nämlich auch für sowjetisches Erdöl in harter, konvertierbarer Währung bezahlt werden. Dabei hat sich bereits 1990 ein großes sowjetisches Handelsbilanzdefizit mit Osteuropa entwickelt, da Moskau die vereinbarten Erdöllieferungen nicht zur Gänze leisten konnte, die entsprechende Exportquote also stark rückläufig war.

In Ungarn, Polen und Bulgarien ist der Lebensstandard stark gesunken. Möglicherweise noch stärker in der UdSSR. In der ČSFR und Ungarn sind die Reallöhne ebenfalls deutlich gesunken, ein noch dramatischerer Abfall des Lebensstandards konnte durch die Auflösung von Sparguthaben und die zusätzliche Tätigkeit in der Schattenwirtschaft verhindert werden. In allen Reformländern, mit Ausnahme Ungarns, hat die Inflationsrate die Erwartungen dramatisch übertroffen. Hauptursache dafür waren Kostensteigerungen als Folge der Währungsabwertung, steigende Löhne und höhere Erdölpreise. Vor allem aber auch die radikale Preisliberalisierung, wie sie in Polen und Ungarn durchgeführt wurde.

Unklare Zukunftsaussichten

Prognosen für die Zukunft bergen natürlich große Unsicherheiten in sich. Wirtschaftsforscher gehen aber davon aus, daß es in der ehemaligen

DDR bereits 1993 zu einem nachhaltigen Aufschwung kommen könnte. Trotz der hohen Verschuldung hat auch Ungarn sehr gute Voraussetzungen, die gegenwärtige schwere Krise zu überwinden. Ungarn ist vor allem bei den Joint-ventures sehr erfolgreich, aus denen bereits jetzt mehr als 20 Prozent der Exporte in den Westen kommen. Spätestens 1995 ist auch hier mit einer nachhaltigen Besserung zu rechnen. Recht gut stehen die Chancen auch für die CSFR, wenngleich hier noch einschneidende Reformmaßnahmen, etwa bei den Preisen, bevorstehen. Auch die Chancen Polens sind mittelfristig als durchaus gut zu bewerten. Am schlechtesten sind ohne Zweifel die Aussichten für Bulgarien, Rumänien, Albanien und die UdSSR selbst.

Diese realistische Einschätzung zeigt auch, daß in den nächsten Jahren mit gewaltigen sozialen, politischen und nationalen Spannungen in den Reformländern zu rechnen sein wird. Ob das auch so weit führt, daß die marktwirtschaftlich orientierten Reformkonzepte insgesamt in Frage gestellt werden, ist derzeit nicht absehbar. Trotz der gewaltigen Belastungen scheint derzeit die Bereitschaft der Bevölkerung, marktwirtschaftlich orientierte Reformkonzepte zu unterstützen, ungebrochen. Ein Gefahrenmoment ist sicher die mehr und mehr feststellbare soziale Demagogie der ehemaligen kommunistischen Staatsgewerkschaften, die in totaler Verdrehung der Tatsachen, die nun stattfindende Politik als Ursache der Probleme brandmarken, anstatt zuzugeben, daß sie selbst das Desaster in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht mitzuverantworten haben.

Besonders schmerzlich ist auch, daß die landwirtschaftliche Produktion in allen Reformländern gesunken ist, besonders stark in Ungarn und Bulgarien, wo der Rückgang etwa 7 Prozent ausgemacht hat.

Auch die Beschäftigung sank in allen Ländern, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß viele Arbeitsplätze

nur aufgrund von Subventionen oder politischen Entscheidungen bestanden, ohne daß sie tatsächlich eine ökonomische Rechtfertigung hatten. Ende 1990 waren schätzungsweise 5,6 Millionen Personen in Osteuropa arbeitslos. Arbeitslosigkeit stellt in diesen Ländern ein neues Phänomen dar, dessen erfolgreiche Bekämpfung nur über den Weg einer wirtschaftlichen Gesundung möglich ist.

Der Zusammenbruch des Intra-RGW-Handels hat schwerwiegende Folgen, vor allem für die osteuropäischen Reformländer. Sie haben nämlich sehr große Schwierigkeiten, die Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie mit niedriger Qualität, die sie bis jetzt in die Sowjetunion geliefert haben, dort weiter zu verkaufen. Vor allem dann, wenn die Verrechnung in US-Dollar vorgenommen werden soll. Überdies hat die Zahlungsfähigkeit der UdSSR dramatisch abgenommen, wie auch ihr politisches Interesse, diesen Handel aufrechtzuerhalten. Außerhalb dieses Absatzmarktes wird der größte Teil dieser Güter aber nicht abzusetzen sein. Die osteuropäischen Reformländer werden weiters gezwungen sein, aufgrund der gekürzten Öl- und Brennstoff-Lieferungen aus der Sowjetunion auf teurere Importe aus dem Nahen Osten zurückzugreifen. Diese Entwicklung wird mit dazu beitragen, daß der Stabilisierungsschock zu einer weiteren Senkung der Produktion führen wird. Darüber hinaus werden die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) unterstützten Stabilisierungspläne insgesamt zu einer Drosselung der Gesamtnachfrage in Polen, Rumänien, Bulgarien und der Tschechoslowakei führen.

Die Reformfortschritte

Die geringsten Fortschritte beim Übergang von der Kommando- zur Marktwirtschaft haben bisher die UdSSR, Bulgarien und Rumänien zu

verzeichnen. Zwar sind die Grundlagen der alten Ordnung weitgehend zusammengebrochen, haben sich Budgetdefizite und Handelsbilanzen, bei gleichzeitig steigender Inflation und Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln, verschlechtert. Das stürzende System konnte aber nicht durch neue Strukturen aufgefangen werden.

Der Zerfall der zentralen Zuteilung der Rohstoffe, der Vorprodukte und der Devisen, die sinkenden Rohöhliefereien aus der UdSSR sowie die politischen und sozialen Spannungen, verbunden vielfach mit großflächigen Streiks, sind Triebfedern der sich fortsetzenden Rezession. Während in Bulgarien und Rumänien energische Schritte auf dem Weg zur Marktwirtschaft angekündigt wurden, fehlen in der UdSSR nach wie vor die entscheidenden Voraussetzungen für eine tiefreichende Reform. Vor allem ist in der UdSSR bisher kein Bekenntnis etwa zum Privateigentum an Produktionsmitteln erkennbar.

Wie sich sowohl in Polen als auch in der Tschechoslowakei gezeigt hat, haben die bisherigen Reformschritte, vor allem die Freigabe vieler Preise, nicht genügend auf die monopolistischen Strukturen der Wirtschaft Rücksicht genommen, was ohne Zweifel zu überschießenden Reaktionen bei den Preisen geführt hat. In der CSFR hat die neue Regierung 1990 eine restriktive Finanz- und Geldpolitik eingeleitet. Nahrungsmittelsubventionen wurden gekürzt, Einzelhandelspreise erhöht und die Krone stark abgewertet. Daneben wurden die rechtlichen Voraussetzungen für die Gründung von Privatbetrieben sowie für die Liberalisierung des Außenhandels geschaffen.

In Ungarn wurde der Übergang zur Marktwirtschaft, der schon vor mehreren Jahren eingeleitet wurde, graduell fortgesetzt. Weiteren Preis- und Importliberalisierungen standen Subventionskürzungen und die Reduktion des Budgetdefizits gegenüber. Die Privatisierungen wurden entschieden

weitergetrieben, es ist bereits zur Einrichtung von mehr als 5000 Joint-ventures gekommen. Fehlende Konkurrenz in vielen Bereichen hat mit dazu beigetragen, daß sich die Inflation stark beschleunigt hat. Im Außenhandel gab es bereits einige sichtbare Erfolge.

Der Versuch eines radikalen Übergangs zur Marktwirtschaft wurde in Polen unternommen. Die Mazowiecki-Regierung startete mit Unterstützung des Internationalen Währungsfonds sowie der Weltbank eine Stabilisierungspolitik, die der Bekämpfung der Inflation den Vorrang einräumte. So wurde Zloty stark abgewertet, die Finanz- und Geldpolitik äußerst restriktiv gestaltet und das Wachstum der Geldlöhne stark begrenzt. Das hat nicht zuletzt eine drastische Senkung der Reallöhne zur Folge. Die angewendete Schocktherapie führte zur Überwindung der Mängel in der Versorgung und zur Wiederherstellung des Marktgleichgewichts, wobei sogar ein Exportüberschuß erzielt werden konnte. Das Hauptziel, die Inflationsbekämpfung, wurde nur teilweise erreicht. Die Kosten der Stabilisierungspolitik in Bezug auf Verminderung des Lebensstandards und Erhöhung der Arbeitslosigkeit waren aber bisher beträchtlich.

Ob extrem liberale, monetaristische Konzepte, wie sie vor allem auch von IWF und Weltbank für Osteuropa empfohlen werden, den tatsächlichen Anforderungen und Gegebenheiten gerecht werden können, ist zu Recht umstritten. Nicht nur, daß sie die Opferbereitschaft der Bevölkerung auf eine äußerst harte Probe stellen, auch ihre wirtschaftliche Sinnhaftigkeit ist kritisch zu hinterfragen. Der Neuaufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft setzt vor allem enorme Investitionen voraus, die bisher, vor allem auch aus dem Westen, weitgehend ausgeblieben sind. Eine weitere Ursache für die nur schleppend vorangehende Privatisierung ist die vielfach vorhandene Rechtsunsicherheit. Zutage tretende

krasse Einkommensunterschiede könnten, zumindest mittelfristig, die sozialen Spannungen anheizen.

Es gibt keine Präzedenzfälle für den Übergang von einer Kommando- zu einer Marktwirtschaft. Es wäre aber durchaus sinnvoll, die praktischen Erfahrungen der am besten entwickelten westlichen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg zu studieren, die nicht mit „reiner“ Marktwirtschaft, sondern mit einem sehr differenzierten, ordnungspolitischen Rahmen, aber auch starker staatlicher und sozialpartnerschaftlicher Intervention, die beachtliche Aufbauleistung geschafft haben.

Vor allem aber bedarf es des Korrektivs starker Gewerkschaften, um im Rahmen der notwendigen wirtschaftlichen Umgestaltungen auch die sozialpolitischen Erfordernissen in der Politik durchzusetzen. Es wird notwendig sein, daß die Gewerkschaften wesentlich stärker als bisher praktische wirtschaftspolitische Vorstellungen artikulieren und nicht nur passiv auf die Situation reagieren. Hier liegt einer der entscheidenden Ansatzpunkte für Hilfestellungen aus dem Westen.

Die Situation in den einzelnen Reformländern

Polen

Gewerkschaften

Der MZZ Solidarność kam als erster oppositioneller Gewerkschaft in einem Land des real existierenden Sozialismus eine wichtige Vorreiterrolle im Reformprozeß der Länder Ost-, Mittel- und Südosteuropas zu. 1980/81 konnte sie innerhalb kürzester Zeit mehr als 10 Millionen Mitglieder anziehen. Auch während des 1981 in Polen verhängten Kriegsrechtes und des damit verbundenen gesetzlichen Verbotes gewerkschaftlicher Tätigkeit hörte sie nie auf, die politische Entwicklung in Polen als politische Bewe-

gung und als Gewerkschaft entscheidend mitzugestalten. Die großen Streikbewegungen der späten achtziger Jahre, die schließlich auch zur Legalisierung der Solidarność und zum politischen Systemwechsel führten, waren maßgeblich von der Solidarność getragen. Zum Zeitpunkt ihrer Legalisierung zählte sie nur noch etwa 3 Millionen Mitglieder, erwies sich aber trotz dieses Mitgliederschwundes bei den Gesprächen am Runden Tisch im Jahre 1989 als stärkste politische Kraft Polens. Deutlich unterstrichen wurde dies durch den überwältigenden Wahlsieg der Solidarność bzw. ihrer Bürgerkomitees in den ersten – wenn auch nur teilweise – freien Wahlen, die an diesem runden Tisch ausgehandelt worden waren.

Das Volk sah sich durch die Solidarność am besten vertreten. An der Spitze der neuen Koalitionsregierung stand Premierminister Tadeusz Mazowiecki, ein führender Solidarność-Vertreter. Seither hat die Solidarność, sowohl unter der Regierung Mazowiecki als auch seit der Bildung der Regierung Krzysztof Bielecki (nach den Präsidentschaftswahlen vom März dieses Jahres) immer wesentliche Teile des Reform- und Umgestaltungsprozesses mitgetragen. Dank der beachtlichen Autorität, die die Solidarność in der polnischen Bevölkerung genießt, war dies auch in jenen Teilen möglich, in denen die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien zu sozialen Konflikten führten. In jüngster Zeit mehrten sich allerdings die Differenzen und Spannungen zwischen Regierung und Solidarność, der es angesichts der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Situation verständlicherweise immer schwerer fällt, die Bevölkerung weiterhin zu Geduld und konstruktiver Mitarbeit zu motivieren. Auf dem Kongreß im Frühjahr 1991 verloren bei den Wahlen in den Vorstand der Solidarność dann alle diejenigen, welche man des Engagements auf der Seite der beiden „Solidaritäts“-Regierungen (Mazowiecki und Bielecki) ver-

dächtigte. Die neuen Führer distanzieren sich zunehmend von der Regierung und deklarierten ihre Unterstützung ausschließlich für die Interessen der Arbeitnehmer.

Dennoch stellt Solidarność für die Bevölkerung immer noch weit mehr dar als nur eine Gewerkschaft. Sie ist für die Arbeitnehmer das Mittel des friedlichen Arbeitskampfes, dem sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer vertrauen. Von politischen Parteien unbeeinflusst und in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit in keiner Weise mehr behindert, konzentrieren sich ihre Hauptaktivitäten im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik derzeit auf die Teilnahme an der Herausbildung eines allgemeinen Rechtssystems für Arbeitnehmer (Pensionsregelung, Sozialversicherung, Arbeitslosengeld etc.) und an der Umstrukturierung und Privatisierung der Unternehmen. Weitere große Herausforderungen erwachsen aus der Schaffung eines Systems von Kollektivverträgen, der Verbesserung der sozialen Sicherheit in den Betrieben, sowie intern aus der Schulung von Gewerkschaftsaktivisten. Gleichzeitig befassen sich zahlreiche Basisinitiativen mit der Problematik von Massenentlassungen, Umschulung von Beschäftigten bzw. Anpassung von Entlassenen an neue Berufe.

Konkrete Probleme in allen diesen Aktivitätsbereichen erwachsen dabei aus Konflikten mit früheren Besitzern enteigneter Betriebe, die nunmehr ihren Rechtsanspruch geltend machen und daher die derzeit geplanten Privatisierungen beeinträchtigen, sowie aus der schwierigen Reform von gegenwärtig nicht leistungsfähigen Betriebsadministrationen, aber auch aus der mangelnden Konkurrenz zwischen den Gewerkschaften, aus mangelnder Gewerkschaftserfahrung für die neu entstehenden Privatunternehmen und der Angst westlicher Investoren vor der Bildung von Gewerkschaftsorganisationen in ihren Unternehmen.

Organisatorisch ist die Solidarität

sehr stark regional-föderalistisch gegliedert: An ihrer Spitze steht der Vorsitzende (derzeit: Marian Krzaklenski, als Nachfolger von Lech Walesa) und ein Landeskomitee, dem gewählte Vertreter aus allen, insgesamt 37, Regionalkommissionen angehören. Darüber hinaus gibt es derzeit 19.213 Betriebskommissionen und ca. 80 Branchensektionen.

Auf internationaler Ebene ist die Solidarität Mitglied im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) und im WVA (Weltverband der Arbeitnehmer).

War die Solidarność zu Beginn, wie Tadeusz Masowiecki bei der „1. Konferenz für Gewerkschaftliche Zusammenarbeit in Europa“ im April 1989 in Wien sagte, ein „großer Schirm, unter dem alle nicht erfüllten Erwartungen des Volkes, alle Sehnsüchte sich zeigten und organisierten“, so hat sie seither einen Prozeß der politischen Differenzierung durchgemacht. Politische Parteien entstanden und entstehen aus ihr. Gleichzeitig führte dies zu einer inneren Homogenisierung, die die politisch ideologische Bandbreite deutlich verkleinert hat.

Landesweit gibt es heute in Polen nur eine weitere Gewerkschaftsorganisation, die zur Solidarność in Konkurrenz steht: die von der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei 1982 neu gegründete „offizielle“ Gewerkschaft OPZZ (Allpolnische Verständigung der Gewerkschaften). Diese ist als Dachverband organisiert und gibt selbst einen Mitgliederstand von rund 4 Millionen an. Dieser relativ hohe Mitgliederstand ist unter anderem auch dadurch zu erklären, daß die OPZZ nach wie vor über großes Vermögen und verschiedene Urlaubs- und Erholungseinrichtungen für Arbeitnehmer verfügt. Außerdem kann sie, in Opposition zur derzeitigen Regierung stehend, relativ einfach mit sozialer Demagogie operieren und so vorhandene Unzufriedenheit zu ihrem Vorteil nützen. Die OPZZ hat sich in letzter Zeit etwas von ihrer Parteibindung

gelöst und sucht politischen Anschluß in Richtung einer sozialdemokratischen Partei, die bei den kommenden Parlamentswahlen antreten könnte. Innerhalb der OPZZ sind aber noch eine Vielzahl von Funktionären mit totalitärer, kommunistischer Vergangenheit aktiv.

Neben diesen beiden großen Gewerkschaften gibt es eine unübersehbare Zahl von kleinen Gewerkschaften und auf der Betriebsebene tätigen gewerkschaftlichen Gruppierungen. Sie agieren in ihrer Mehrzahl aber nicht ideologisch, sondern konzentrieren sich pragmatisch auf ihren jeweiligen Vertretungsbereich.

Parteienlandschaft

Mehr als 10 Jahre lang stand der politische Kampf aller oppositionellen Kräfte, im großen und ganzen in der Solidarność vereinigt, ganz im Zeichen eines einzigen Ziels: der Erlangung der Freiheit. Ideologische, politische und gesellschaftliche Fragen waren folgerichtig während dieser Phase keineswegs ausschlaggebend. Erst nach und nach, mit vielen Umwegen, Zwischenschritten, Spaltungen und Neugruppierungen, kommt es daher zur Herausbildung von voneinander abgegrenzten politischen Parteien und Gruppierungen, die sich zu einem großen Teil aus verschiedenen Solidarność-Gruppen entwickeln. Die herannahenden Parlamentswahlen im Herbst dieses Jahres tragen dazu bei, diesen Prozeß zu beschleunigen.

Zum heutigen Datum ist die Zersplitterung in einzelne kleine Gruppierungen, teils als Ergebnis der historischen Entwicklung auf Basis von stark regionalen Aktivitäten oppositioneller Gruppen zu Zeiten politischer Verfolgung, teils aufgrund persönlicher Differenzen zwischen einzelnen Führungspersonlichkeiten, in allen politischen Lagern sehr stark. Eine Einschätzung der Größe, Rolle und Bedeutung dieser Gruppierungen ist

wegen ihrer sehr raschen und dynamischen Veränderung schwierig.

Auf seiten der Christdemokraten treten derzeit landesweit folgende Gruppen und Parteien in Erscheinung:

- Zentrumsallianz-Christlich-Demokratische Partei, unter dem Vorsitz des Kabinettschefs vo Präsident Walesa, Jaroslaw Kaczynski. Sie konstituierte sich Anfang März 1991, u. a. mit dem Ziel, die christlich-demokratischen Kräfte Polens zu einen;
- Christlich-Nationale Union, unter dem Vorsitz von Wieslaw Chrzanowski;
- Christlich-Demokratische Partei der Arbeit, unter dem Vorsitz von Wladyslaw Sila-Nowicki;
- Partei der Christdemokraten (unter Pawlowski und Laczkowski), die derzeit mit 24 Abgeordneten im Parlament vertreten ist,
- Christlich-Demokratische Partei „Die Einheit“, unter dem Vorsitz von Zablocki;
- Polnische Volkspartei, unter dem Vorsitz von Roman Bartoszcze, in der sich auf Initiative des Generalsekretärs der polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Bronislaw Dabrowski, die polnische Bauernpartei, die Bauernsolidarität (Vorsitz: Gabriel Janowsky) und die polnische Bauernpartei-Solidarität (Vorsitz: Jozef Slisz), zusammengeschlossen.

Inzwischen sprachen sich einige Gruppierungen gegen eine Einigung im Rahmen der Zentrumsallianz aus und gründeten auf Initiative der Partei der Christdemokraten unter der Führung der beiden CD-Abgeordneten Pawlowski und Laczkowski den Kongreß der Christdemokraten, der am 25. Mai 1991 unter dem Titel „Polnischer Kongreß der Christdemokraten“ zum Thema „Die Einheit der Christdemokraten und ihr Programm für die 3. polnische Republik“ zusammentrat. Zu diesem Kongreß wurden alle Organisationen, die sich christlich-demokratischem Gedankengut verpflichtet

fühlen, einschließlich der Zentrumsallianz, eingeladen.

Als Bewegung der politischen Mitte konstituierte sich Mitte Mai 1991 die Demokratische Union, unter dem Vorsitz von Mazowiecki. In ihr schlossen sich die bereits vorher bestehende gleichnamige Partei von Mazowiecki mit der eher dem Mitte-Links-Spektrum angehörenden Bürgerbewegung Demokratische Aktion (ROAD) und das eher dem Mitte-Rechts-Spektrum zuzurechnende Forum der Demokratischen Rechten zusammen. ROAD war ursprünglich von Wladyslaw Frasyniuk und Zbigniew Bujak gegründet worden. Letzterer löste sich allerdings inzwischen von ROAD und gründete eine eigene Sozialdemokratische Partei. Das Forum der Demokratischen Rechten unter der Führung von Exminister Aleksander Hall deklariert sich generell als christlich-demokratisch. In der Initiative des nunmehr erfolgten Zusammenschlusses verfolgt Mazowiecki offensichtlich nach wie vor die Strategie, die Gegensätze zwischen Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Gruppierungen in einer Partei auszugleichen. Wie einer ihrer prominenten Exponenten, der Schriftsteller und Parlamentsabgeordnete A. Szczypiorski, kürzlich sagte, ist die Demokratische Union heute eine Mischung zwischen CDU, SPD und FDP.

Dem Mitte-Rechts-Spektrum der politischen Landschaft zuzurechnen ist weiters:

- der Liberal-demokratische Kongreß aus Danzig, unter der Führung von Lewandowski, der vor allem aufgrund einer Reihe sehr einflußreicher Mitglieder, unter ihnen Ministerpräsident Bielecki und einige weitere Regierungsmitglieder, von Bedeutung ist.

Nicht weniger groß ist die Zersplitterung auf Seiten der Links- und Mitte-Links-Parteien. Unter den Links-Parteien haben sich vor allem folgende konsolidiert:

- die linksextreme Union der polnischen Kommunisten „Proletariat“,

unter dem Vorsitz von Jan Zielinski;
● die Sozialdemokratische Partei der Republik Polen, unter dem Vorsitz von Aleksander Kwasniewski;

- die Sozialdemokratische Union von Polen, unter dem Vorsitz von Tadeusz Fiszbach; und

● die Polnische Sozialistische Partei, unter dem Vorsitz von Edward Osopka-Morawski. Von diesen sozialistischen/kommunistischen Parteien distanzieren sich ihrerseits:

- die Vereinigte Polnische Sozialistische Partei, unter dem Vorsitz von Jan Jozef Lipski;

- die südpolnische „Solidarität der Arbeit“, unter dem Vorsitz von Karol Mocalewski.

Als Sammelbewegung aller Unzufriedenen und durch die Wirtschaftsreformen in eine schwierige Lage geratenen sieht sich die von Stanislaw Tyminski gegründete Partei X. Tyminski, der bei den Präsidentschaftswahlen Walesa erst im 2. Wahlgang unterlag, ist zwar nicht im Vorstand dieser Partei, ohne konkretes Programm, ist aber doch ihr Spiritus rector. Es ist heute noch nicht vorhersagbar, welches Stimmenpotential diese Partei gewinnen kann.

Ganz generell ist es heute praktisch unmöglich, das Ergebnis der Parlamentswahlen im Oktober abzuschätzen. Nach allen verfügbaren Informationsquellen wäre keine der politisch relevanten Kräfte im neugewählten Parlament derzeit mehrheitsfähig. Es wird also abzuwarten sein, welche Entwicklungen die politische Landschaft bis zu den Wahlen noch durchmachen wird.

Ungarn

Gewerkschaften

In der Entwicklung der Gewerkschaften in Ungarn zeigt sich eine besonders starke Gegenbewegung zum bisherigen Zentralismus. Berufsorganisationen, Betriebs- und Unterneh-

mensgewerkschaften sind in großer Zahl entstanden. Beobachter sprechen von mehr als 1000 Organisationen. Ein großer Teil von ihnen unterhält mehr oder weniger lose Beziehungen zu Dachverbänden oder anderen Koordinierungsgruppen.

Zu den sieben wichtigsten Dachverbänden und Koordinierungsgruppen, die auch im sogenannten „Rat der Interesseneinigung“ vertreten sind, gehören:

- der Landesverband der Ungarischen Gewerkschaften (MSZOSZ);
- die Demokratische Liga der Unabhängigen Gewerkschaften (FSZDL);
- die Nationale Föderation der Arbeiterräte (MOSZ);
- das Kooperationsforum der Gewerkschaften (SZEF);
- die Allianz der Gewerkschaften der Intellektuellen (ÉSZT);
- die Autonomen Gewerkschaften (ASZ);
- der Gewerkschaftliche Arbeiterverband Solidarität (SZSZM).

Der 1990 gegründete Landesverband der Ungarischen Gewerkschaften (MSZOSZ), die Nachfolgeorganisation der früheren staatlichen Gewerkschaft „Zentralrat der ungarischen Gewerkschaften (SZOT)“, beansprucht heute die höchste Mitgliederzahl für sich. Die Angaben schwanken zwischen 1,5 und 3 Millionen Mitglieder, wobei angeblich laufend Mitglieder und auch ganze Sektionen austreten. Der Landesverband ist auch heute noch sehr stark von der Ungarischen Sozialistischen Partei beeinflusst.

Ihm gegenüber steht die 1988 gegründete Demokratische Liga der Unabhängigen Gewerkschaften. Die Angaben über ihre Mitgliederzahlen schwanken zwischen 90.000 und etwa 200.000. In der Demokratischen Liga haben sich mehr als 100 neugegründete Einzelgewerkschaften zusammengeschlossen. Die Liga hat bereits mehrfach der Regierung Zusammenarbeit angeboten und auch wertvolle Vermittlungsdienste geleistet, so etwa

auch in Zusammenhang mit dem Benzinpreiskonflikt.

Eine wichtige Rolle spielen auch die in mehr als 1500 Betrieben verankerten Arbeiterräte. Ohne sich als Gewerkschaften zu bezeichnen, üben sie tatsächlich in den Betrieben und Unternehmen Gewerkschaftsfunktionen aus. Sie sind vor allem in Opposition zu den alten SZOT-Gewerkschaften entstanden und beziehen sich in ihrem Namen auf den Volksaufstand von 1956. Bisher ist es nicht gelungen, alle diese Arbeiterräte in der vom Ungarischen Demokratischen Forum unterstützten Nationalen Föderation der Arbeiterräte zusammenzuschließen. Es besteht aber jedenfalls ein enges Kooperationsverhältnis zwischen den Arbeiterräten und der Demokratischen Liga der Unabhängigen Gewerkschaften.

Etwa 35 heute autonome Gewerkschaften gehörten vor der Wende dem SZOT an, schlossen sich aber dem MSZOSZ inzwischen nicht an. Im Rahmen der Autonomen Gewerkschaften haben sich jetzt auch Gruppen organisiert (Polizei, Armee, etc.), die bisher von gewerkschaftlicher Tätigkeit ausgeschlossen waren. Schätzungen über ihre Mitgliederzahlen belaufen sich auf etwa 250.000. Sie sind vor allem im Bereich des Öffentlichen Dienstes, aber auch in anderen Bereichen, so z. B. in der Chemischen Industrie, sehr stark vertreten.

Darüber hinaus haben sich im Kooperationsforum der Gewerkschaften, nach eigenen Angaben, etwa 700.000 Mitglieder, vor allem aus dem Bereich des Öffentlichen Dienstes zusammengeschlossen. Dieses Kooperationsforum arbeitet sehr eng mit der Allianz der Gewerkschaften der Intellektuellen zusammen, die heute rund 60.000 Mitglieder vertritt.

Der Gewerkschaftliche Arbeiterverband Solidarität spielt heute keine besondere Rolle mehr. Seine Stärke liegt vor allem auf der betrieblichen bzw. Unternehmensebene. Eine großflächige Organisation besteht nicht.

Als Schlichtungsforum der sieben Organisationen gibt es einen „Gewerkschaftlichen „Runden Tisch“, der derzeit jedoch nicht aktiv ist. Generell stehen die einzelnen Gewerkschaftsgruppen in Konkurrenz zueinander, verfolgen aber in politischen Konfliktsituationen doch gemeinsame Ziele.

Als Hauptaufgaben, denen sich die Gewerkschaften in Ungarn heute gegenübersehen, bezeichnen ihre Vertreter die Verwirklichung der Zielsetzungen der Europäischen Sozialcharta, die Schaffung eines Rahmens zum Interessenausgleich zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Regierung, die Schaffung eines Systems zur Lösung auftretender Konflikte sowie die Verabschiedung eines Gesetzes über die Betriebsratswahlen (in Vorbereitung).

Die Aktivitäten von Basisinitiativen konzentrieren sich angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage vor allem auf die Erhöhung des Mindestlohnes, eine bessere soziale Versorgung, Lohnforderungen, die mit der Inflation Schritt halten, Arbeitslosenunterstützung und erhöhte Einflußnahme seitens der Arbeitnehmer auf die Privatisierungspolitik. Die gewerkschaftliche Tätigkeit wird heute in keiner Weise mehr behindert oder eingeschränkt.

Die Möglichkeit zur Einflußnahme auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik besteht einerseits über den oben schon erwähnten „Rat der Interesseneinigung“, in dem die Hauptgewerkschaftsorganisationen vertreten sind. Seine sieben Mitgliedsorganisationen erhalten alle Gesetzesentwürfe und haben so die Möglichkeit zur Meinungsäußerung und Mitsprache schon vor der jeweiligen Parlamentsdebatte. Darüber hinaus erfolgt natürlich Einflußnahme über die jeweils nahestehenden Parteien, Regierungsmitglieder, Abgeordneten und Parlamentsausschüsse.

Keine der ungarischen Gewerkschaften kann sich heute eines so guten Images in der Bevölkerung erfreuen

wie die polnische Solidarność. Zu sehr ist den Ungarn die Pseudoaktivität der alten Gewerkschaften noch in Erinnerung. Der allgemeinen Politikverdrossenheit in Ungarn entsprechend, erwarten die Arbeitnehmer von den Gewerkschaften vor allem konsequente Interessenvertretung, in deren Mittelpunkt der Mensch stehen soll, keineswegs aber irgendwie geartete Parteipolitik. Erneuerungsfähige und sich umgestaltende Organisationen haben keinen Mitgliederschwund zu verzeichnen. Ein Problem besteht derzeit nur darin, Gewerkschaftsvertreter zu finden, die über gute wirtschaftliche und juristische Kenntnisse verfügen, um so im derzeitigen Prozeß der Umstrukturierung und Privatisierung als ebenbürtige Partner der Betriebsführung auftreten können.

Parteienlandschaft

Verglichen mit der Parteienlandschaft in anderen Reformländern, zeigte sich die ungarische sehr früh verhältnismäßig konsolidiert. Es formieren sich zwar auch in Ungarn noch laufend neue Parteien, die sich registrieren lassen, die wesentlichen politischen Kräfte und Blöcke sind jedoch relativ stabil.

Sehr bald nach den ersten Demokratisierungsschritten, die in Ungarn von einigen führenden Persönlichkeiten innerhalb der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, darunter vor allem der damalige Staatsminister Imre Pozsgay sowie Rezső Nyers, Gyula Horn u. a., eingeleitet wurden, bildete sich die erste, damals noch ideologisch indifferente Sammelbewegung gegen das Donaukraftwerk Nagymaros, das Ungarische Demokratische Forum (MDF).

Diese Sammelbewegung wurde Ende 1989 umstrukturiert und formierte sich zu einer echten sozialen Integrationspartei westlichen Musters mit einem starken christlich-demokratischen, einem liberalen und einem un-

garisch-nationalistischen Flügel. Unter seinem Vorsitzenden, Dr. József Antall, einem prononcierten Christdemokraten, ging das Demokratische Forum aus den ersten freien Parlamentswahlen vom März/April 1990 mit 164 von insgesamt 386 Mandaten als stärkste Partei hervor.

Aufgrund dieses Wahlergebnisses kam es zur Bildung einer Koalitionsregierung unter der Führung von Ministerpräsident Antall, gemeinsam mit zwei anderen, ebenfalls dem bürgerlich-christlich-demokratischen Lager anhörenden Parteien, der Unabhängigen Kleinlandwirtpartei (FkgP), die insgesamt 44 Mandate errungen hatte, und der Christlich-Demokratischen Volkspartei (KDNP) mit 21 Mandaten. Sowohl die Kleinlandwirtpartei als auch die Christlich-Demokratische Volkspartei sind historische Parteien, die bereits vor 1948 von Bedeutung waren und ihre Tätigkeit jetzt sozusagen „nur wiederaufgenommen“ haben. In beiden Parteien ist es seit der Regierungsübernahme zu einem Führungswechsel gekommen. Vorsitzender der KDNP ist Sozialminister László Surján, der allgemein großes Ansehen genießt.

In Opposition befinden sich derzeit die zweitstärkste Partei, der Bund Freier Demokraten (SZDSZ) mit 92 Mandaten, der Verband Junger Demokraten (FIDESZ) mit 21 Mandaten sowie die Nachfolgeorganisation der Sozialistischen Arbeiterpartei, die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP), mit 33 Mandaten.

Der Bund Freier Demokraten ist ebenfalls eine als bürgerlich zu bezeichnende Partei mit hoher Unterstützung aus intellektuellen Kreisen. Ideologisch sind in ihm zwei Flügel beheimatet, ein liberaler und ein sozialdemokratisch orientierter. Bei den Kommunalwahlen im Herbst 1990 gelang es dem Bund Freier Demokraten, sehr gute Ergebnisse zu erzielen. Unter anderem stellen sie heute den Bürgermeister von Budapest.

Als Jugendbewegung mit laufend

steigender Unterstützung aus weiten Bevölkerungskreisen und Altersgruppen ist der Verband Junger Demokraten (FIDESZ) in der europäischen Parteienlandschaft sicher einzigartig. Mit einem großen Potential an gut ausgebildeten, glaubwürdigen, jungen Politikern, ist es ihm gelungen, sich als Oppositionspartei zu profilieren. Nach einiger Zeit intensiver Zusammenarbeit mit SZDSZ gibt es heute auch wieder bessere Kontakte zum regierenden Demokratischen Forum. Ideologisch gesehen, gibt es auch innerhalb von FIDESZ verschiedene Strömungen, eine liberal-westliche und eine eher christlich-demokratisch orientierte.

Von allen links-orientierten Parteien konnte sich bei den Parlamentswahlen nur die Ungarische Sozialistische Partei (die frühere Kommunistische Partei) behaupten, schnitt aber mit nur 33 Mandaten ebenfalls wesentlich schlechter als erwartet ab. Alle anderen sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien schafften den Einzug ins Parlament nicht.

Das große Potential der Unzufriedenen, die unter den wirtschaftlichen Härten des Übergangs- und Reformprozesses zu leiden haben, versucht in jüngster Zeit Imre Pozsgay, wie erwähnt einer der führenden Reformkommunisten während der Veränderungen der Jahre 1988/89, mit seiner neu gegründeten politischen Bewegung Nationale Demokratische Allianz anzusprechen. Laut Pozsgay selbst steht die Allianz ideologisch im Zentrum des Parteienspektrums. Sie versteht sich derzeit aber noch nicht als politische Partei, schließt aber die Umwandlung in eine solche auch nicht aus. Ein erster Hinweis, ob dieser Comeback-Versuch Pozsgays gelingen wird, dürfte sein, ob sich im Parlament aus den Reihen der anderen Parteien oder der nicht gebundenen Abgeordneten genug Sympathisanten finden, damit bereits jetzt eine Fraktion der Bewegung im Parlament zustande kommt.

Tschecho-Slowakische Föderative Republik (ČSFR)

Gewerkschaften

Im Gegensatz zu den anderen Reformländern ist es den Bürgerrechtsgruppen und Streikkomitees in der ČSFR gelungen, den alten, offiziellen Gewerkschaftsbund, Revolutionäre Gewerkschaften (ROH), zu unterwandern und von innen heraus auf eine völlig neue Basis zu stellen. So ist es zu erklären, daß es gelang, einen neuen, streng föderalen, einheitlichen Gewerkschaftsverband, die Konföderation der Gewerkschaftsbünde (ČSKOS) zu gründen, die nach der polnischen Solidarność auch als zweite Gewerkschaft Ostmitteleuropas in den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) aufgenommen wurde. Innerhalb des ČSKOS gibt es eine strenge Gliederung nach den beiden Landesteilen (Böhmen und Mähren einerseits, Slowakei andererseits). Jede Einzelgewerkschaft, die dem Dachverband beitrifft, behält ihre Autonomie. Sowohl die föderative Gliederung, als auch die Autonomie der Einzelgewerkschaften haben natürlich dazu geführt, daß die zentrale Koordinierungsmacht des Dachverbandes nicht sehr stark entwickelt ist. Die generelle Tendenz gegen zentrale Machtausübung wird auch in der ČSFR sehr stark spürbar. Zur Zeit bestehen mehr als 60 Einzelgewerkschaften, die sich Großteils aus einer Aufspaltung der ursprünglichen Industrieverbände entwickelten. Neu entstanden sind auch gewerkschaftliche Organisationen für Polizei, Armee und Landwirtschaft.

In Böhmen und Mähren gibt es innerhalb des ČSKOS heute vier selbstständige Gewerkschaften. Keine Gewerkschaft ist direkt einer politischen Partei zuzuordnen.

Der unmittelbare politische Einfluß der Gewerkschaften in der ČSFR ist nicht allzu groß, da sie aufgrund der gültigen Gesetzgebung in die Rolle des

„Zuschauers“ gedrängt sind. Hieß es im Artikel 10 des Arbeitsgesetzbuches vor seiner Novellierung: „Die Teilnahme der ROH in den arbeitsrechtlichen Beziehungen, die durch dieses Gesetzbuch geregelt sind, ist unverzichtbarer Bestandteil dieser Beziehungen“, so ist der Artikel 10 des novellierten Arbeitsgesetzbuches viel weicher formuliert: „Die Gewerkschaftsorgane nehmen an den arbeitsrechtlichen Beziehungen, die kollektive Verhandlung inbegriffen, unter den gesetzlichen Bedingungen teil.“

Da sich erst langsam ein echtes, pluralistisches Parteiensystem herausbildet, konnten auch noch keine festen Bindungen zu Parteien entstehen.

Es wird immer wieder die Klage über eine Monopolisierung der Macht im Bereich der Gewerkschaften durch ČSKOS vorgebracht. Dies bezieht sich einerseits auf die Frage der Nachfolge betreffend das Eigentum der ROH, andererseits auf die Kontakte zu Gewerkschaften im Ausland, die sich vorläufig auch hauptsächlich auf ČSKOS konzentrieren.

Auf politischer Ebene ergibt sich derzeit eine klare Dominanz liberal-marktwirtschaftlicher Kräfte (Finanzminister Klaus spricht sich für „eine Marktwirtschaft ohne Adjektive“ aus), die mangels klarer ordnungspolitischer Konzepte von seiten der Gewerkschaften eine nach westlichem Vorbild gestaltete marktwirtschaftliche Reformpolitik betreiben. Hauptziel der Gewerkschaften muß es daher in näherer Zukunft sein, die Arbeitnehmer vor den aus der Umstrukturierung der Wirtschaft resultierenden Härten zu schützen. Es ist allerdings bisher noch nicht gelungen, das schlechte Image der Gewerkschaften zu Zeiten des totalitären Regimes, die nur Vollzugsorgan der KP waren, gänzlich auszuräumen.

Parteienlandschaft

Ähnlich wie in Polen bildet auch in der ČSFR die völlig zersplitterte, stän-

dig in Bewegung befindliche Parteienlandschaft das Gegenstück zu einer recht einheitlichen Gewerkschaftsszene. Auch hier kam es vor den ersten Parlamentswahlen (im Juni 1990) zur Bildung ideologisch wenig definierter Gruppierungen, des Bürgerforums (OF) in Böhmen und Mähren, bzw. Öffentlichkeit gegen Gewalt (VPN) in der Slowakei. Dank der Popularität ihres Initiators, Vaclav Havel, der auch nach seiner Wahl zum Präsidenten noch deutlich für diese beiden wahlwerbenden Gruppen Stellung bezog, konnten sie die Wahlen (mit 53,15 Prozent in Böhmen und Mähren, und 32,54 Prozent in der Slowakei) für sich entscheiden.

Ihnen gegenüber standen bei diesen Parlamentswahlen als Konkurrenten auf christlich-demokratischer Seite:

- die Tschecho-Slowakische Volkspartei (CSL), eine ehemalige Blockpartei, die aber nach der Wende die gesamte Führungsspitze ausgetauscht hatte und heute ein christlich-demokratisches Programm westlicher Prägung vertritt;
- die Christlich-Demokratische Partei Böhmens und Mährens, unter dem Vorsitz eines der mutigsten katholischen Dissidenten, Dr. Vaclav Benda;
- die Christlich-Demokratische Bewegung der Slowakei, unter dem Vorsitz des heutigen Ministerpräsidenten der Slowakei, Dr. Ján Carnogurský.

Nach den Wahlen kam es bei der Bildung der Föderalregierung zu einer Koalition unter Ministerpräsident Marian Calfa, bestehend aus „Öffentlichkeit gegen Gewalt“, „Bürgerforum“ und der „Christlich-Demokratischen Bewegung der Slowakei“. In Böhmen und Mähren bildete das „Bürgerforum“ mit der „Tschechischen Volkspartei“ eine Regierung unter Ministerpräsident Petr Pithart, während es in der Slowakei zu einer Koalition zwischen „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ und der „Christlich-Demokratischen Bewegung der Slowakei“ unter

Ministerpräsident Vladimir Meciar kam.

Angesichts der anstehenden politischen und wirtschaftlichen Reformprozesse konnte den ideologisch undefinierten Sammelbewegungen kein langer Bestand beschieden sein. Im ersten Halbjahr 1991 spaltete sich das Bürgerforum in 3 Gruppierungen:

- die Demokratische Partei, unter Finanzminister Vaclav Klaus, der sich klar zum wirtschaftlichen Liberalismus bekennt;
- die Bürgerbewegung, unter dem Vorsitz von Außenminister Jiří Dienstbier, und zwei Vizepräsidenten, dem Stv. Ministerpräsidenten Pavel Rychetsky und dem Ministerpräsidenten von Böhmen und Mähren, Petr Pithart. Ideologisch ist die Bürgerbewegung als linksliberal-zentristisch einzuschätzen
- und die Demokratische Bürgerallianz, unter dem Vorsitz von Wirtschaftsminister Vladimir Dlouhy, die das konservativ-christlich-soziale Lager umfaßt.

Die Differenzen innerhalb von Öffentlichkeit gegen Gewalt führten, ebenfalls im ersten Halbjahr 1991, zu einer Spaltung in zwei Gruppierungen, einerseits die „VPN – für eine demokratische Slowakei“, unter Vladimir Meciar, und andererseits eine Gruppierung, die weiterhin den Namen VPN trägt, unter Führung von Fedor Gal, bzw. seit seinem Rücktritt von Jan Kučerák. Diese Spaltung führte auch sofort zu einer Regierungsumbildung. Das slowakische Parlament sprach Meciar sein Mißtrauen aus und wählte den weit weniger nationalistischen Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Bewegung, Ján Carnogurský, zum neuen Ministerpräsidenten. Nun hat auch Parlamentspräsident Dubcek die „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ verlassen.

Neben den aus dem Bürgerforum bzw. der VPN hervorgegangenen Gruppierungen und den verschiedenen Christlich-Demokratischen Par-

teien spielen auch folgende Parteien im derzeitigen politischen Leben der ČSFR eine Rolle:

- Kommunistische Partei Böhmens und Mährens, unter dem Vorsitz von Jiří Svoboda, mit 15 von insgesamt 101 Abgeordneten für die Tschechische Republik im Föderalparlament;
- die Partei der Demokratischen Linken (die frühere Kommunistische Partei der Slowakei, die sich heute als sozialdemokratisch orientiert bezeichnet, aber immer noch mit der KP Böhmens und Mährens gemeinsam die KP der ČSFR bildet), unter dem Vorsitz von Peter Weiss, mit 8 von insgesamt 49 slowakischen Abgeordneten im Föderalparlament;
- die nationalistische Mährisch-Schlesische Partei für Selbstverwaltungsdemokratie mit insgesamt 9 (von 101) Mandaten, von der sich zu Beginn 1991 die christlich-demokratische Mährische Nationalpartei abgespalten hat;
- die extrem nationalistische Slowakische Nationalpartei, die für eine selbständige Slowakei eintritt, mit 6 (von 49) Mandaten und
- die Együtelles-Koexistenz-Partei als Vertretung der Ungarn in der Slowakei mit 7 (von 49) Mandaten.

Die politische Landschaft hat damit aber sicher weder in Böhmen und Mähren, noch in der Slowakei eine stabile, dauerhafte Struktur gefunden. Die nächsten Monate, und wahrscheinlich auch Jahre, werden hier noch wesentliche Veränderungen, Spaltungen, Fusionen und Verschiebungen mit sich bringen.

Jugoslawien

Angeichts der immer stärker werdenden Unabhängigkeitsbestrebungen der einzelnen Teilrepubliken und autonomen Provinzen Jugoslawiens ist es im Bereich der demokratischen Parteien und unabhängigen Gewerkschaften schwierig bis unmöglich von gesamt-

jugoslawischen Gruppierungen oder Aktivitäten zu sprechen. Dieser Bericht wird daher versuchen, auf Basis der verfügbaren Informationen auch auf die Situation in den einzelnen Republiken und autonomen Provinzen einzugehen.

Gewerkschaften

Im Juni 1990 kam es auch in Jugoslawien zur Bildung eines Bundes der unabhängigen Gewerkschaften Jugoslawiens, der Nachfolgeorganisation der alten offiziellen Gewerkschaften. Dies bedeutet aber nicht viel mehr als eine Namensänderung, da die alten Maximen, wie Selbstverwaltung, Ablehnung der Reprivatisierung bzw. Verstaatlichung des Gesellschaftseigentums beibehalten wurden. Konstituiert hat sich der Bund der unabhängigen Gewerkschaften als selbständige, unabhängige, nach föderalem Prinzip aufgebaute Organisation im Einklang mit der Bundesverfassung. Mitglieder des Bundes sind Republiksgewerkschaften (Fachgewerkschaften, aber auch Gewerkschaften, die mehrere Berufsgruppen vertreten), Gewerkschaften der autonomen Provinzen sowie Bundesfachgewerkschaften.

Freie Wahlen innerhalb der Republikorganisationen der offiziellen Gewerkschaften fanden bisher nur in den nördlichen Republiken Slowenien und Kroatien statt. Dies führt natürlich auch zu einer wesentlich stärkeren Reformbereitschaft in den Organisationen dieser Republiken. In Serbien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro (über Mazedonien stehen dem Berichterstatter derzeit keine Informationen zur Verfügung) hingegen haben bisher weder ideologisch noch personell wesentliche Änderungen stattgefunden. Die Unterschiedlichkeit der Situation spiegelt sich auch in der Tatsache wider, daß in Serbien 100 Prozent der Republiksgewerkschaften dem „neuen“ Bund der unabhängigen Gewerkschaften beitraten, während es

in Slowenien und Kroatien nur 20 Prozent waren. Daraus resultiert natürlich auch eine serbische Dominanz in der gesamtjugoslawischen Dachorganisation.

Kennzeichnend für die politische Situation in Serbien und den zu Serbien gehörenden autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina ist die Tatsache, daß die Gewerkschaftsverbände der autonomen Provinzen – laut Statut der serbischen Organisation – nur ein Teilstück des einheitlichen Gewerkschaftsbundes Serbiens und nicht eo ipso Mitglieder der Bundesorganisation sind. Dies ermöglicht, daß vor allem die albanischen Gewerkschaften im Kosovo unter serbischer Vorkontrolle stehen.

Die in letzter Zeit in großer Zahl entstehenden sogenannten alternativen Gewerkschaften sind in den meisten Fällen als Vereine konstituiert. Sie verfügen als solche über keine Kollektivvertragsfähigkeit, sind nicht an der Gewerkschaftssteuer beteiligt und müssen sich daher durch freiwillige Mitgliedsbeiträge finanzieren. Dadurch ist natürlich auch ihr direkter politischer Einfluß beschränkt.

Die Entwicklung dieser alternativen Gewerkschaften war bisher naturgemäß eher in den Republiken möglich, die in ihrem Demokratisierungsprozeß schon weiter fortgeschritten sind.

So gibt es heute beispielsweise in Slowenien neben dem auch hier bestehenden Bund unabhängiger Gewerkschaften (entstanden aus der alten offiziellen Gewerkschaft) eine sogenannte Konföderation freier Gewerkschaften, in der die verschiedenen Berufsgewerkschaften zusammengeschlossen sind. Diese Konföderation ist parteiunabhängig, steht aber dem regierenden Parteienbündnis DEMOS (s. Abschnitt „Parteienlandschaft“) nahe. Derzeit werden gerade die Weichen dafür gestellt, daß innerhalb der Konföderation eine Fraktionsbildung möglich ist.

Der Bund unabhängiger Gewerk-

schaften hat sich verbal vom alten Regime distanziert und vertritt offiziell eine nicht-kommunistische Linie. Gleichzeitig vollzieht sich der personelle Wechsel sehr langsam: Bis vor kurzem stand beispielsweise immer noch derselbe Präsident an der Spitze des Bundes wie zu Zeiten der kommunistischen Gewerkschaften. Der Bund unabhängiger Gewerkschaften versucht jetzt allerdings, die gegenwärtige, schwierige Lage mit heftiger Kritik an der neuen, demokratischen Regierung für die eigene Popularität zu nützen.

Die Hauptaktivitäten der Gewerkschaften konzentrieren sich auch in Slowenien auf die Forderung von Maßnahmen zur Abfederung sozialer Härten, die aus der Umstrukturierung der Wirtschaft entstehen. Die Konföderation freier Gewerkschaften versucht, hier eine Linie der konstruktiven Kritik zu finden, mit der sie die Interessen der Arbeitnehmer vertreten kann.

Der reale politische Einfluß der Gewerkschaften hält sich heute noch in Grenzen: Zwar ist z. B. der Vorsitzende der Konföderation gewählter Abgeordneter im slowenischen Parlament, es gibt aber keine institutionellen Mitsprachemöglichkeiten der Gewerkschaften. Diese sollen in der zur Zeit in Ausarbeitung befindlichen Gesetzgebung enthalten sein.

Andere „Sozialpartner“, beispielsweise die noch von früher bestehenden flächendeckenden Handelskammern, in denen die Unternehmen, gleich ob private, staatliche oder im Gesellschaftseigentum, zusammengeschlossen sind, haben wesentlich mehr Einflußmöglichkeiten.

In Kroatien bestehen heute drei aktive Gewerkschaftsorganisationen, der Bund unabhängiger Gewerkschaften Kroatiens, der aus der alten offiziellen Gewerkschaft entstanden ist, in Kroatien aber doch wesentliche Veränderungen erfuhr, die Konföderation unabhängiger Gewerkschaften Kroatiens und die Kroatische Gewerkschafts-

union. Grundsätzlich bezeichnen sich alle Gewerkschaften als parteiunabhängig. Es besteht jedoch ein Nahverhältnis zwischen der in Kroatien regierenden Kroatischen Demokratischen Union (HDZ), unter Präsident Franjo Tudjman, und der Kroatischen Gewerkschaftsunion. Die Konföderation unabhängiger Gewerkschaften scheint sich derzeit an die Sozialdemokratische Partei anzunähern (der Vorsitzende der Konföderation wurde vor kurzem zum Stv. Parteivorsitzenden gewählt). Sich offensichtlich als christlich-demokratisch deklarierende Gewerkschaftsinitiativen gibt es derzeit nicht.

Einfluß und Rolle der Gewerkschaften in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind bisher noch nicht sehr groß. Wichtige „Sozialpartner“ in Kroatien sind die noch von früher bestehenden Handelskammern und die Vereinigung der Arbeitgeber, die jedoch noch nicht gesetzlich definiert und als Interessenvereinigung gegründet wurde. Die Wahl der endgültigen Bezeichnung und die Definition der konkreten Aufgaben der Kammern sind ebenfalls erst im Gange. Das Hauptaugenmerk der gewerkschaftlichen Aktivitäten gilt derzeit der Abdeckung und Erlangung der grundlegenden sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse und Rechte, wie Lohnerhöhungen, Arbeitslosenversicherungen, Absicherung von Gefahren am Arbeitsplatz, Wohnungspolitik, Ruhensbestimmungen etc.

In der zu 90 Prozent von Albanern bewohnten autonomen Provinz Kosovo, deren Autonomie von der serbischen Regierung im Laufe der vergangenen Monate außer Kraft gesetzt wurde, konstituierte sich Ende Juni 1990 der Initiativrat Unabhängiger Gewerkschaften im Kosovo (UITUC), der parteiunabhängig ist und dem mittlerweile ca. 80 Prozent aller Arbeitnehmer im Kosovo angehören. Von seiten der serbischen Behörden wurde UITUC bis heute nicht anerkannt. Zu den ständigen, groben Menschenrechtsverletzungen im Kosovo kom-

men auch laufend politisch motivierte Kündigungen, etc. Gewerkschaftliche Aktivitäten werden laufend behindert.

Die Hauptziele der UITUC konzentrieren sich daher auf den tatsächlichen Schutz der Arbeitnehmer. Solidaritätsaktionen zur Unterstützung der Arbeitslosen wurden ins Leben gerufen. Die Wiederanstellung der entlassenen Arbeitnehmer wird angestrebt. Für 15. Juni 1991 haben die Gewerkschaften die Rückkehr aller gewaltsam von ihren Arbeitsplätzen entfernten Arbeitnehmer auf ihre Arbeitsplätze beschlossen. Da diese jedoch inzwischen mit Serben besetzt wurden, könnte es hier zu Konflikten kommen.

Dank der langsam ins Bewußtsein der Welt dringenden schlechten Lage der Kosovo-Albaner ist es der UITUC gelungen, eine ganze Reihe von Kontakten mit ausländischen Gewerkschaften, u. a. in Österreich, Frankreich, den USA, der Schweiz, Australien, Belgien, Großbritannien, Finnland, Italien und Norwegen zu knüpfen.

Generell gesehen, haben in Jugoslawien die einzelnen Gewerkschaften innerhalb des Bundes unabhängiger Gewerkschaften und der Bund selbst traditionell die besten internationalen Kontakte. Als Nachfolgeorganisation des bisherigen offiziellen jugoslawischen Gewerkschaftsbundes ist er auch Mitglied der ILO und arbeitet mit der Confédération Mondiale du Travail, sowie der European Trade Union Confederation zusammen.

Derzeit versuchen auch zahlreiche der „alternativen“ Gewerkschaften, neue Kontakte mit dem Westen zu knüpfen.

Parteienlandschaft

Die Parteienlandschaft Jugoslawiens zu beschreiben, ist schon seit geraumer Zeit kaum mehr möglich: Auf gesamtjugoslawischer Ebene gibt es sie heute mehr als Fiktion, denn als Realität:

- die alte Kommunistische Partei, die sich inzwischen in den meisten Republiken auch von diesem „kompromittierenden“ Namen befreit hat und sich nun unterschiedlich nennt,
- den von Ministerpräsident Ante Marković 1990 gegründeten Bund der Reformkommunisten, der sich für eine Demokratisierung und Wirtschaftsreform in einem geeinten Jugoslawien ausspricht,
- die Union für ein demokratisches Jugoslawien, eine Oppositionspartei, die sich für ein demokratisches und im wirtschaftlichen Bereich reformiertes Jugoslawien einsetzt. In ihr findet man viele prominente Intellektuelle. Ihr realer Einfluß bleibt allerdings minimal.

Mit Ausnahme der KP in Serbien und Montenegro haben alle diese gesamtjugoslawischen Parteien bei den Republikwahlen sehr schlecht abgeschnitten.

Die in Serbien siegreiche KP ist allerdings auch dort nicht deshalb siegreich geblieben, weil sie eine kommunistische gesamtjugoslawische Partei ist, die sich für die Einheit Jugoslawiens stark macht, sondern weil ihr Vorsitzender Milosevic voll und ganz auf die Karte des serbischen Nationalismus setzte. Die Parteien, die heute in den anderen Republiken an der Regierung sind, sind ausnahmslos Parteien, die ihre Aktivität auf ihre Republik begrenzen und sich zumindest für ein neugeordnetes Jugoslawien, d. h. eine Konföderation mit sehr großer Autonomie der Republiken, bzw. wenn das nicht möglich ist, für die staatliche Unabhängigkeit aussprechen. Dies gilt vor allem für Slowenien und Kroatien.

In Slowenien konnte das oppositionelle Parteienbündnis DEMOS im April 1990 die ersten demokratischen Parlamentswahlen mit 53,8 Prozent der Stimmen eindeutig für sich entscheiden. Die Präsidentschaftswahlen gewann allerdings der sehr populäre Kandidat der Kommunistischen Partei, Milan Kučan, der sich vorher deut-

lich vom Belgrader Zentralismus distanziert hatte und das slowenische Streben nach mehr Unabhängigkeit voll unterstützte. Aufgrund des Wahlergebnisses wurde der Christdemokrat Lojze Peterle mit der Bildung einer Regierung beauftragt: Diesem neuen Kabinett gehören nun 18 Mitglieder von DEMOS, 5 Unabhängige, 3 Kommunisten und 1 Liberaler an.

Das Parteienbündnis DEMOS besteht aus folgenden Parteien:

- den Slowenischen Christdemokraten, die unter dem Vorsitz des nunmehrigen Ministerpräsidenten Lojze Peterle als stärkste Partei innerhalb von DEMOS aus den Wahlen hervorgingen;
- dem Slowenischen Bauernbund, der unter dem Vorsitz von Ivan Oman die erste große Oppositionsbewegung in Slowenien war und eng mit den Christdemokraten zusammenarbeitet. Eine mögliche Fusion der beiden Parteien wird immer wieder in Erwägung gezogen, ist jedoch derzeit wieder aufgeschoben;
- dem Slowenischen Demokratischen Bund, einer bürgerlichen Partei mit liberalen Tendenzen, mit einem hohen Anteil an Intellektuellen und Studenten unter seinen Mitgliedern, unter dem Vorsitz von Außenminister Dimitrij Rupel;
- der Sozialdemokratischen Partei, unter dem Vorsitz von Jože Pučnik, der gleichzeitig auch Vorsitzender von DEMOS ist,
- den Grünen Sloweniens, unter dem Vorsitz von Dušan Plut, und
- der Liberalen Partei, unter dem Vorsitz von Fran Golijar, die vorher Slowenische Handwerkerpartei hieß und als eine Art spezielle politische Interessenvertretung der Kaufleute und anderer Selbständiger zuletzt zu dem Parteienbündnis stieß.

Dieses Parteienbündnis umfaßt also ein sehr breites Spektrum von Parteien, die in der derzeitigen Situation zusammenarbeiten, um die Probleme des Übergangs zu Demokratie und Markt-

wirtschaft besser lösen zu können. Es stand aber immer fest, daß dieses Bündnis später aufgrund der ideologischen Differenzen zwischen seinen Mitgliedern nicht bestehen bleiben können wird.

Die Slowenische Opposition bilden heute

- der Bund der Kommunisten – Partei der demokratischen Erneuerung, die Nachfolgerin der Kommunistischen Partei Sloweniens, und
- der Bund der Sozialistischen Jugend Sloweniens/Liberale Partei (ZSMS), die aus dem sozialistischen Jugendbund (KP-Organisation) hervorgegangen ist und während der Anfänge der Demokratisierung eine sehr positive Rolle spielte.

Einigkeit herrscht in Slowenien in bezug auf das gemeinsame Ziel der staatlichen Unabhängigkeit.

In Kroatien brachten die ersten freien Wahlen im April/Mai 1990 ganz klare Mehrheitsverhältnisse: Die Kroatische Demokratische Union (HDZ), unter dem Vorsitz von Franjo Tudjman, erreichte mit ca. 60 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit. Franjo Tudjman wurde gleichzeitig auch zum Präsidenten der Republik Kroatien gewählt. Tudjman hatte mit seiner im Februar 1989 gegründeten Partei im Wahlkampf ein extrem nationalistisches Konzept vertreten, sich aber seit Übernahme der Regierungsverantwortung in diesem Punkt sehr viel gemäßigter gegeben. Die HDZ ist heute als Mitte-Rechts-Partei einzuschätzen.

Ihre Hauptanliegen bestehen in der Einführung eines echten marktwirtschaftlichen Systems und damit in Verbindung in der Neuordnung Jugoslawiens, bzw. falls dies nicht möglich sein sollte, in der Loslösung von Jugoslawien.

Angesichts der unheuer starken Position der HDZ ist es für alle anderen Parteien, unabhängig davon, ob sie bereits zu den letzten Wahlen kandidiert haben oder erst danach gegründet wurden, sehr schwer, sich zu profilie-

ren. Unter anderem sind derzeit noch folgende Parteien in Kroatien aktiv:

- die Kroatische Volkspartei, die Ende 1990 unter dem Vorsitz von Frau Dr. Dabčević Kučar, einer aus Zeiten der Demokratisierungsbestrebungen innerhalb der KP im Jahre 1971 sehr populären Politikerin, gegründet wurde. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, eine echte Alternative zur HDZ, „die wahre Partei der Mitte“ zu sein. Bisher ist sie durch 6 Abgeordnete, die auf anderen Listen gewählt worden waren, im kroatischen Parlament vertreten;
- die Christlich-Demokratische Partei Kroatiens (HKDS), unter der Führung von Dr. Ivan Cesar, die bei den Wahlen nur drei Mandate erreichte und nun versucht, sich für die nächsten Wahlen neu zu strukturieren und zu organisieren. Ihr Programm beruht voll und ganz auf der christlichen Soziallehre. Die HKDS unterstreicht aber, keine kirchliche oder konfessionelle Partei zu sein;
- die Kroatische Demokratische Partei (HDS), die ursprünglich als Abspaltung von der HDZ entstand, steht unter der Führung von Marco Veselica, einem ebenfalls 1971 bekannt gewordenen Regimekritiker. In der letzten Zeit tendiert die HDS immer stärker an den rechten Rand des Parteienspektrums in Kroatien;
- der Kroatische Sozial-Liberale Bund (HSLB), der sich in den Anfängen als sozial-demokratische-liberale Partei bezeichnete. Auch unter dem jetzigen Vorsitzenden Dražen Budišar scheinen die beiden Flügel sich noch nicht ganz geeinigt zu haben. Die reale Bedeutung im politischen Leben Kroatiens dürfte eher im Abnehmen sein;
- die Sozial-demokratische Partei, unter Führung von Anton Vujić, die sich als Schwesterpartei der sozial-demokratischen Parteien Westeuropas sieht;
- die Serbische Demokratische Partei, die im Februar 1990 zur Vertretung

der Serben in Kroatien gegründet wurde. Sie schließt sich den Meinungen Serbiens an, was die Aufrechterhaltung Jugoslawiens im bisherigen zentralistischen Modus betrifft, und steht weitgehend hinter den Unruhen in den serbisch besiedelten Gebieten Kroatiens.

- die Partei der Demokratischen Veränderung – Bund der Kommunisten Kroatiens, die sich als demokratische Linkspartei sieht, dem Bund der Kommunistischen Parteien Jugoslawiens nicht mehr angehört und große Differenzen beispielsweise mit Milošević hat. Auch sie strebt ein souveränes Kroatien in Jugoslawien mit dem Recht auf Selbstbestimmung inklusive Sezession an.

Es zeigt sich also, daß derzeit alle Parteien in Kroatien, mit Ausnahme natürlich der Serbischen Demokratischen Partei, unabhängig davon, welcher Weltanschauung sie sich verpflichtet fühlen, ein starkes nationales Element haben. Die Souveränität der Republik Kroatien ist für alle derzeit das oberste Ziel.

Eine der Schlüsselfragen in den Konflikten in Jugoslawien ist und bleibt das Schicksal Bosnien-Herzegowinas. Wird es dieser Republik, in der drei Nationen, nämlich Moslims (die in der Verfassung von 1974 als Nation anerkannt wurden und sich heute auch so fühlen), Kroaten und Serben zusammenleben, gelingen, Wege für ein friedliches Zusammenleben zu finden? – Gelingt es hier, gibt es vielleicht auch eine Chance für alle anderen Republiken.

Was die Parteienlandschaft betrifft, so haben sich im Laufe des Demokratisierungsprozesses drei nationale Parteien entwickelt, die heute (noch?) eine gemeinsame Koalitionsregierung bilden:

- die muslimische Partei der demokratischen Aktion (SDA), unter dem Vorsitz von Alija Izetbegović dem jetzigen Präsidenten der Republik Bosnien-Herzegowina. SDA ist keine religiöse Partei, sondern will mit

einem Programm, das europäischen konservativen und christlich-demokratischen Parteien vergleichbar ist, demokratische Verhältnisse in Bosnien-Herzegowina, wenn möglich in einem demokratischen Jugoslawien, zum Tragen bringen. Ihr Vorsitzender Izetbegović war einer der Hauptmotoren für das ausgesprochen schwierige Zustandekommen der 3-Parteien-Koalition;

- die Kroatische Demokratische Union-Bosnien-Herzegowina (HDZ-BiH) hat unter dem Vorsitz von Stjepan Kljuić enge Beziehungen zur HDZ in Kroatien, steht aber zur Integrität Bosnien-Herzegowinas;
- die Serbische Demokratische Partei (SDS), unter dem Vorsitz von Radovan Karadžić, die grundsätzlich keine inhaltlichen Differenzen zur SDA und HDZ hat, mit Ausnahme der Frage des Zusammenhaltes Jugoslawiens. Hier teilt auch sie die Ansicht, daß eine Konföderation, d. h. größere Unabhängigkeit der Republiken, geschweige denn Sezession, undenkbar ist.

Unerwartet schlechte Wahlergebnisse erzielten in Bosnien-Herzegowina der Bund der Reformkommunisten und die Vereinigung der Kommunisten – Sozialistisch-demokratische Partei.

Ganz anders präsentiert sich die Situation in Serbien: Im Dezember 1990 gelang es dem Vorsitzenden der aus der KP hervorgegangenen Serbischen Sozialistischen Partei, Slobodan Milošević, vor allem durch heftiges Schüren des serbischen Nationalismus, sowohl die Parlaments- als auch die Präsidentschaftswahlen für sich zu entscheiden. Neben nach wie vor kommunistischem Gedankengut, das er vertritt, konzentrieren sich seine Hauptaktivitäten auf ein Aufrechterhalten des Status quo zwischen den Republiken, weshalb er auch die serbischen Minderheiten außerhalb Serbiens in ihrem Kampf gegen ihre jeweiligen Republiksregierungen unterstützt, sowie auf die weiterhin unnachgiebige Haltung gegenüber den Kosovo-Albanern.

In Opposition zu der erdrückenden Mehrheit der Sozialistischen Partei im Parlament (194 von 250 Mandaten) befinden sich derzeit folgende Parteien:

- die Serbische Erneuerungsbewegung (SPO) unter ihrem Vorsitzenden Drašković, die lange Zeit ebenso nationalistische Töne verbreitete wie Milošević. Nach den Wahlen, die sie wegen des ungleichen Zuganges zu den Medien als nicht wirklich demokratisch betrachtet, ist sie mit 19 Monaten im Parlament vertreten;
- die Demokratische Partei Serbiens (DS), unter ihrem Vorsitzenden Dragoljub Mićunović, steht für die Lösung der Konflikte auf friedlichem Wege (7 Mandate).
- die Demokratische Gemeinschaft der Ungarn aus der Vojvodina, die mit 6 Sitzen die Position der ungarischen Minderheit in der Vojvodina (ca. 18,6 Prozent der Bevölkerung) vertritt,
- sowie eine Reihe kleinerer Parteien und Gruppierungen.

Aufgrund der Annullierung sämtlicher Rechte der „Autonomen“ Provinz Kosovo und der Defacto-Okkupation des Landes sind die demokratischen Rechte der Kosovo-Albaner, wie oben bereits erwähnt, nicht gewährleistet. Alle dort bestehenden Parteien sind nur auf Bundesebene, nicht in Serbien registriert, da es hier Probleme mit dem serbischen Parteiengesetz gibt. An den serbischen Wahlen im Dezember 1990 nahmen die Albaner nicht teil, da sie die Auffassung vertreten, daß sie nach allem, was geschehen sei, ihre eigenen politischen Gremien und keine „Minderheitsvertretung“ in serbischen Gremien wollen.

Die größte demokratische Partei im Kosovo ist der Demokratische Bund Kosovos unter dem Vorsitz von Ibrahim Rugova. Daneben gibt es weiters eine Albanische Christlich-Demokratische, eine Albanische Sozialdemokratische Partei und eine Bauernpartei. Gemeinsames Ziel aller Parteien im Kosovo ist die Errichtung einer eigenen Republik mit souveränen Rech-

ten, bzw. falls das nicht möglich ist, die Loslösung von Jugoslawien.

Die Republik Montenegro ist in ihrer politischen Landschaft weitgehend mit Serbien zu vergleichen: Auch hier errang die Kommunistische Partei, hier unter dem Namen Kommunistischer Bund Montenegro, die absolute Mehrheit der Parlamentssitze (bei 83 von 125 Mandaten fehlt nur eines auf die Zwei-Drittel-Mehrheit). Auch hier findet das zentralistische Konzept für Jugoslawien seine Vertreter. Dank der Unterstützung Montenegros (und der Stimmen der beiden „gleichgeschalteten“ Vertreter aus dem Kosovo und der Vojvodina) war es Serbien beispielsweise möglich, die Wahl Stipe Mesić am 15. Mai 1991 zu verhindern und so eine Verfassungskrise heraufzubeschwören.

Neben dem Kommunistischen Bund gibt es in Montenegro noch folgende weitere Parteien:

- den Bund der Reformkräfte (Partei von Premierminister Marković), der hier aus 8 kleinen Parteien besteht und vornehmlich für eine Demokratisierung und Wirtschaftsreform in ganz Jugoslawien plädiert;
- die Demokratische Koalition, die, bestehend aus drei kleineren Parteien, vornehmlich um die Stimmen der albanischen und moslemischen Bevölkerung wirbt und
- die serbisch-nationalistische Volkspartei Montenegros, die offen für eine Vereinigung aller serbisch besiedelten Gebiete mit Serbien und die Abschiebung aller Albaner eintritt.

In der südlichsten Republik Jugoslawiens, Mazedonien, stellt sich die Situation ganz anders dar: Nach einem Wahlsieg des Bundes der Kommunisten (SKM-PDP) unter Petar Gošev im 1. Wahlgang änderte sich die Situation im 2. Wahlgang völlig: Die nationalistische und antikommunistische Demokratische Partei für die nationale mazedonische Einheit (VRMO) unter Ljupčo Georgievski wurde mit 38 von insgesamt 120 Parlamentssitzen klarer Wahlsieger. Drittstärkste Partei nach

dem Bund der Kommunisten (mit 31 Sitzen) wurde die Partei der demokratischen Prosperität von Nevzat Halili mit 22 Sitzen. Sie wendet sich vor allem an die albanische Bevölkerung Mazedoniens (fast 20 Prozent). Verhältnismäßig besser als in anderen Republiken schnitt hier der Bund der Reformkräfte von Ante Marković (11 Mandate) ab.

Nach diesem Wahlergebnis sah es eine Zeitlang so aus, als könne man sich nicht auf eine Regierungsbildung einigen. Schließlich wurde der Vorsitzende des Bundes der Reformkräfte, Stojan Andov, zum Parlamentspräsidenten, der vom Bund der Kommunisten vorgeschlagene Kandidat Gligorov zum Republikspräsidenten, der Vorsitzende der VMRO, Georgievski, trotz ursprünglich sehr starker antialbanischer Tendenzen, mit den Stimmen der Partei der demokratischen Prosperität zum Vizepräsidenten gewählt. Nach anfänglichen Versuchen konstruktiver Zusammenarbeit gibt es von seiten der Albaner in Mazedonien derzeit wieder Klagen über eine Nichteinhaltung ihrer Minderheitenrechte. Ob dies eine Auswirkung auf die im Amt befindliche Regierung haben wird, ist derzeit noch nicht abzuschätzen.

Das Schicksal Jugoslawiens, und damit der Gewerkschaften und politischen Parteien, steht dieser Tage auf des Messers Schneide. Welche Entwicklung die gegenwärtige Situation nehmen wird, wird weitgehend von der Haltung des Militärs und der Kommunisten in Serbien abhängen.

Bulgarien

Gewerkschaften

Auch in Bulgarien war und ist die Entwicklung der oppositionellen Gewerkschaftsbewegungen eng mit den demokratischen Veränderungen verbunden. Bereits im Februar 1989, d. h. 9 Monate vor dem Sturz Schiwkoffs,

wurde der Unabhängige Gewerkschaftsbund Podkrepa als Zusammenschluß verschiedener unabhängiger Fachgewerkschaften gegründet. Heute hat er bereits mehr als 600.000 Mitglieder in 32 regionalen und 34 berufsspezifischen Unterorganisationen. Die von Podkrepa veröffentlichte Wochenzeitung Podkrepa erschien bis vor nicht allzu langer Zeit mit einer Auflage von 200.000 Exemplaren. Aufgrund des Papiermangels in Bulgarien kann derzeit aber nur noch eine Auflage von 50.000 Stück aufrechterhalten werden.

Ihre vehemente Opposition zu den offiziellen Gewerkschaften sowie ihre erfolgreiche Teilnahme sowohl an den Streikbewegungen des November 1989 als auch an jenen im Jahre 1990, die schließlich zur Regierungsumbildung unter dem nunmehrigen parteilosen Ministerpräsidenten Popov führten, verhalfen Podkrepa zu großem Ansehen in der bulgarischen Bevölkerung.

Ende 1989 schloß sich Podkrepa der Union der Demokratischen Kräfte (CDC) an, die als geeinter Oppositionsblock 16 Parteien, Organisationen und Gruppierungen umfaßte. Angesichts der Parlamentswahlen vom Juni 1990 entschloß sich Podkrepa aber, nicht als eigene Gruppierung an den Wahlen teilzunehmen, sondern sich ausschließlich gewerkschaftlichen Aufgaben zuzuwenden. Gleichzeitig wurde auch festgelegt, daß kein Mitglied der Vorstandes und keine führende Persönlichkeit der Gewerkschaft kandidieren dürfe. Ein Vizepräsident der Podkrepa, der kandidieren wollte, mußte seine Funktion in der Gewerkschaft zurücklegen. Im Rahmen des komplizierten Systems der Kandidatenaufstellung erhielt Podkrepa aber dennoch das Recht, 10 Prozent der Plätze auf den Wahllisten der CDC mit ihr nahestehenden Leuten zu besetzen, was sie auch tat.

Angesichts der jüngsten politischen Differenzen und Zerwürfnisse in der Oppositionsbewegung CDC haben führende Kräfte die Initiative für den

Aufbau einer neuen politischen Kraft, sogenannter Bürgerkomitees, ergriffen (s. auch Abschnitt Parteienlandschaft).

Podkrepa steht in einem scharfen Konkurrenzverhältnis zu der als Nachfolgeorganisation der alten offiziellen Gewerkschaft gegründeten Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften Bulgariens (KUGB). Diese ist mit rund 2,5 Millionen Mitgliedern nach wie vor sehr stark und hat sich in letzter Zeit auch zunehmend Spielraum gegenüber der Regierung erkämpft. Trotzdem knüpft sie aber immer noch an die ehemaligen kommunistischen Betriebszellen an und hat unter der Hypothek der alten Gewerkschaft zu leiden. Ob die Konföderation den Schritt des Austritts aus dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund setzt, bleibt abzuwarten. Zum jetzigen Zeitpunkt läßt sich noch nicht definitiv feststellen, in welche Richtung sich die Konföderation tatsächlich entwickeln wird.

Parteienlandschaft

Die ersten demokratischen Wahlen in Bulgarien im Juni 1990 brachten nicht jenen klaren Schnitt zwischen kommunistischem und demokratischem Regime, wie man ihn beispielsweise in Polen oder Ungarn erlebt hatte. Zu kurz war wohl die Übergangsphase, zu gering die Möglichkeiten, die Bevölkerung zu informieren, zu groß die Angst vor sozialen Schwierigkeiten (die die Kommunisten auch heftig schürten).

In diesen Wahlen standen einander vor allem zwei große Blöcke gegenüber:

- einerseits die Bulgarische Sozialistische (vormals Kommunistische) Partei und
- andererseits die oben bereits erwähnte Union der demokratischen Kräfte (CDC), ein Zusammenschluß von 16 Parteien, Organisationen und Gruppierungen, völlig unter-

schiedlicher ideologischer Ausrichtung.

Sie gewannen in diesen Wahlen 211, bzw. 144 Mandate.

Weiters kandidierten bei diesen Wahlen

- die Bewegung für Freiheiten und Rechte, die sich vor allem die politische Vertretung der türkisch-muselmanischen Bevölkerung Bulgariens zum Ziel gesetzt hat, die 23 Mandate erreichte;
- die sogenannte offizielle Bauernpartei (BZNS), eine frühere Blockpartei, die sich personell reformiert hatte, die 16 Mandaten gewann,
- sowie eine Reihe kleinerer Parteien.

Die in der Folge gebildete kommunistische Regierung unter Ministerpräsident Lukanov war allerdings nur wenige Monate im Amt. Nach heftigen Streikbewegungen mußte sie bereits Ende 1990 zurücktreten. An der neu gebildeten Regierung unter dem parteilosen Ministerpräsidenten Popov sind nun praktisch alle im Parlament vertretenen Kräfte beteiligt, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Manche Teile der CDC wollten diese neue Regierung nur unterstützen, nicht aber in ihr mitarbeiten.

Seit den letzten Wahlen ist es auch in Bulgarien zu einem Prozeß der Differenzierung gekommen. Innerhalb der Union der Demokratischen Kräfte entstanden vor allem zwei neue Gruppierungen:

- das Christlich-Demokratische Zentrum, unter der Führung eines der beiden Ko-Vorsitzender der CDC, Stojan Ganev, sowie als Reaktion darauf
 - die CDC-Zentrum, ein eher nach links tendierender Zusammenschluß der beiden größten CDC-Mitglieder, „Bauernpartei – BZNS – Nikola Petkov“ und der „Bulgarischen Sozialdemokratischen Partei.
- Gleichzeitig wollen die
- Grüne Partei und
 - Ökologasnost
- die politische Mitte innerhalb der CDC darstellen, scheinen aber ideo-

logisch doch eher dem Mitte-Links-Spektrum zuzurechnen zu sein.

Eindeutig Mitte-rechts- bis rechts-orientiert sind innerhalb der CDC neben dem Christlich-Demokratischen Zentrum auch

- die Radikaldemokratische Partei, sowie
- die Demokratische Partei.

Das politische Leben Bulgariens der vergangenen Wochen war durch starke Konflikte zwischen den einzelnen Gruppierungen der CDC geprägt. Mit dem Auszug von 43 der insgesamt 144 CDC-Abgeordneten aus dem Parlament unterstrichen die sogenannten „radikaleren Gruppierungen“ ihre Forderung nach frühzeitiger Auflösung der verfassungsgebenden Nationalversammlung und Ausschreibung von Neuwahlen im Juli 1991. Begründet wird dieser Schritt damit, daß die Sozialistische Partei mit 211 von insgesamt 400 Abgeordneten immer noch über die absolute Mehrheit verfüge, man daher keine wirklich demokratische Verfassung verabschieden und den erforderlichen politischen und ökonomischen Wechsel nicht vollziehen könne. Im Gegensatz dazu treten die Sozialdemokraten, die Bauernpartei – Nikola Petkoff, die Grüne Partei und Ökoglasnost dafür ein, daß das Parlament seine eigentliche Aufgabe, die Ausarbeitung und Verabschiedung einer neuen Verfassung, zu Ende führen soll. Erst danach sollen ihrer Meinung nach Neuwahlen ausgeschrieben werden.

Laut jüngsten Informationen versucht die Gewerkschaft Podkrepa derzeit angesichts dieser Situation, eine Art Bürgerkomitees als neue politische Kraft für die nächsten Wahlen aufzubauen. Ideologisch sollen diese Bürgerkomitees im bürgerlich-christlich-demokratisch-liberalen Bereich angesiedelt sein. Eine Reihe recht prominenter Persönlichkeiten aus verschiedenen Gruppierungen der CDC soll ihre Mitarbeit bereits zugesagt haben.

Außerhalb der CDC gibt es eine

ganze Reihe kleiner Parteien, die alle eher rechts-orientiert sind. Sie haben jedoch realpolitisch derzeit nicht allzuviel Bedeutung.

Von den aller Voraussicht nach im Herbst dieses Jahres stattfindenden Parlamentswahlen erhofft man sich neben einer Niederlage der Kommunisten, auch eine Stabilisierung des demokratischen Systems, der politischen Landschaft und vor allem auch der wirtschaftlichen Lage.

Rumänien

Gewerkschaften

Besonders schwierig ist eine freie gewerkschaftliche Betätigung nach wie vor in Rumänien. Zwar konnte sich die bereits 1989 gegründete „Bruderschaft“ (FRATIA) als unabhängiger Gewerkschaftsbund etablieren, der inzwischen auch auf etwa 1,5 Millionen Mitglieder verweist. Nach wie vor aber gibt es gewaltige organisatorische und politische Probleme, die eine freie gewerkschaftliche Arbeit sehr behindern, wenn es auch offiziell keinerlei Einschränkung gewerkschaftlicher Aktivitäten gibt. Mitglieder des FRATIA-Dachverbandes sind Gewerkschaften aus allen Bereichen, Branchen und Berufen. Es handelt sich dabei aber nur um eine sehr lose Kooperation. Bemerkenswert ist insbesondere die Berufsfahrgewerkschaft, die etwa 100.000 Mitglieder zählt und auch schon Mitglied in der Internationalen Transportarbeiterföderation geworden ist. Die FRATIA hat sich in offenem Gegensatz zur alten Gewerkschaft gebildet, was natürlich die Vertrauensbasis bei den Arbeitnehmern wesentlich stärkt.

Die neue „alte“ offizielle Gewerkschaft nennt sich nun Nationaler Bund Freier Gewerkschaften (CNSLR) und hat verlässlichen Quellen zufolge etwa 2 Millionen Mitglieder. Die Änderung des Namens hat aber noch nicht eine

wirkliche Reform unter Beweis gestellt. Weitgehend dominieren noch dieselben Funktionäre die Gewerkschaft und es bestehen auch beste Beziehungen zur regierenden Front der Nationalen Rettung. Der große Vorteil der CNSLR besteht darin, daß sie noch immer über ein gewaltiges Vermögen und Sozialeinrichtungen verfügt, was natürlich für die Mitglieder wichtig ist. Derzeit wird versucht, auf dem Gerichtswege eine Aufteilung dieses Patrimoniums auf die drei größten Gewerkschaften zu erreichen.

Neben diesen beiden großen Gruppen bestehen eine Reihe von weiteren gewerkschaftlichen Organisationen. So hat sich etwa im Mai 1990 das Cartell Alfa gegründet, ein Zusammenschluß von Gewerkschaften aus dem Bereich der Industrie. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von betriebs- und berufsbezogenen Gewerkschaftsgruppen, die eigenständig agieren.

Keine dieser Gewerkschaften hat eine direkte Beziehung zu einer bestimmten politischen Gruppierung. In ihren Überzeugungen liegen sie meist zwischen Regierung und Opposition. Es gibt eine gemischte Kommission, bestehend aus Gewerkschafts- und Regierungsvertretern, die regelmäßig alle zwei Monate zusammentrifft, sowie Wirtschafts- und Sozialkommissionen, durch die die Gewerkschaften versuchen, auf die Regierungspolitik Einfluß zu nehmen. Ihr Gewicht in Entscheidungen der Regierung und des Parlaments ist aber dennoch nicht allzu groß.

Die Hauptaktivitäten der Gewerkschaften konzentrieren sich auch in Rumänien auf die Folgen der verheerenden wirtschaftlichen Lage: Es gibt zur Zeit mehr als 400.000 Arbeitslose (wenn auch die Regierung nur von etwa 100.000 spricht – weitere 300.000 erhalten die Hälfte ihres Gehaltes, sind aber de facto ebenfalls arbeitslos), die Inflation liegt bei 300 bis 400 Prozent (auch hier spricht die Regierung von nur 143 Prozent), die Liberalisierung der Gehälter, die mit

einer gleichzeitigen Liberalisierung der Preise einherging, kann nicht einmal 60 Prozent der von der Regierung eingestandenen Inflation abdecken.

Erste Versuche von Privatisierungen gibt es derzeit erst auf sehr niedriger Ebene (etwa im Import-Export-Bereich) und in der Landwirtschaft. Ein Gutteil des Bodens ist aber nach wie vor in staatlicher Hand; der staatliche Einfluß in der Landwirtschaft ist also nach wie vor sehr groß. Es bestehen aber Pläne, etwa 70 Prozent der Industriebetriebe an in- und ausländische Interessenten zu vergeben.

Parteienlandschaft

Sofort nach dem Sturz Ceaucescus, am 22. Dezember 1989, übernahm die aus den Reformkräften der KP gebildete Front zur Nationalen Rettung (FNR) die provisorische Regierung. Gleich darauf, Anfang 1990, entstand eine ganze Reihe oppositioneller, neuer Parteien, die dann auch an den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 20. Mai 1990 teilnahmen. Auch nach diesen Wahlen kann man aber keineswegs von einer Demokratie nach westlichem Muster sprechen: Eine Reihe von Unregelmäßigkeiten bei der Durchführung der Wahlen selbst, sowie vor allem unzureichende Information der Bevölkerung, die jahrzehntelang in ständiger Angst vor ihren Herrschern gelebt hatte, leisteten einen wesentlichen Beitrag zum Wahlsieg des heutigen Präsidenten Iliescu und der Front zur Nationalen Rettung mit rund 67 Prozent der Stimmen und damit 355 der insgesamt 506 Parlamentsmandate (387 in der Abgeordnetenversammlung, 119 im Senat). Bis in jüngste Zeit kommt es seither laufend zu offenen Protesten der Opposition und der Bevölkerung gegen die Regierung unter Ministerpräsident Petre Roman, die auch während der letzten Wochen immer wieder zu blutigen Straßenkämpfen und einer Regie-

rungsumbildung im April 1991 geführt haben. Nachdem die wichtigsten Oppositionsparteien dabei das Angebot ablehnten, sich an dieser Regierung zu beteiligen, und das Parlament dann auch noch 2 Ministern von kleineren Oppositionsparteien die Zustimmung verweigerte, besteht auch dieses neue Kabinett, mit Ausnahme des Ministers für Arbeit und soziale Sicherheiten, der einer kleinen Oppositionspartei angehört, aus Vertretern der Front zur Nationalen Rettung oder nominell unabhängigen Personen. Auch gibt es immer noch Anzeichen dafür, daß Ceaucescus Geheimpolizei Securitate heute im Dienste der neuen Regierung steht.

Die größten derzeit in der Abgeordnetenversammlung vertretenen Oppositionsparteien sind:

- die Demokratische Union der Ungarn in Rumänien, unter dem Vorsitz von Geza Domokos, deren vorrangiges Ziel die Wahrnehmung der Interessen der ungarischen Minderheit (ca. 2 Millionen) ist, die aber als zweitstärkste Parlamentsfraktion mit insgesamt 41 Mandaten zur Mitarbeit in allen Belangen und Bereichen bereit ist;
- die National-Liberale Partei, eine der „historischen Parteien“ Rumäniens, die im Jänner 1990 unter dem Vorsitz von Radu Campeanu wiedergegründet wurde und 38 Parlamentssitze erringen konnte;
- die Nationale Christlich-Demokratische Bauernpartei, unter ihrem Vorsitzenden Corneliu Coposu, die noch im Dezember 1989 durch einen Zusammenschluß der historischen Nationalen Bauernpartei und der Christlich-nationalen Bauernpartei gegründet wurde und 13 Parlamentssitze errang;
- die Ökologische Bewegung mit ebenfalls 13 Parlamentssitzen, die im Gegensatz zur „Ökologischen Partei“ (9 Mandate) als die Gruppierung der „echten“ Grünen zu bezeichnen ist. Sie konzentriert sich vor allem auf Fragen des Umwelt-

schutzes und in geringerem Maße auch auf Fragen der Menschenrechte.

Neben einer ganzen Reihe weiterer Parteien, die ebenfalls einige Parlamentssitze innehaben, spielt auch die vor etwa 6 Monaten neugegründete Alianta civica (Bürgerliche Allianz) eine große Rolle im politischen Leben Rumäniens. Sie ist bisher nicht als Partei registriert und hat auch noch nicht entschieden, ob sie Partei werden soll. Derzeit hat sie enormen Zulauf, vor allem auch aus intellektuellen Kreisen, und gewinnt immer mehr Einfluß auf die generelle Meinungs- und Stimmungslage.

Eine der markantesten Entwicklungen der letzten Zeit ist die Einstimmigkeit aller Oppositionsparteien, einschließlich der Sozialdemokraten, in ihrem Wunsch nach der Rückkehr von Rumäniens rechtmäßigem Staatsoberhaupt, König Michael, und der Einrichtung einer konstitutionellen Monarchie.

Albanien

Gewerkschaften

In der sehr kurzen Zeit seit der beginnenden Demokratisierung in Albanien hat sich auch dort bereits ein oppositioneller Selbständiger Gewerkschaftsbund Albaniens als Alternative zu den alten Arbeiterorganisationen, die sich jetzt Selbständige Gewerkschaften nennen, gebildet. Dieser Gewerkschaftsbund engagierte sich mit anderen demokratischen Gruppen sehr stark im Kampf um den Sturz der kommunistischen Diktatur. Er ist aber derzeit keiner Partei Albaniens direkt verbunden, sondern betrachtet sich als unabhängig. Die stärkste Gruppierungen innerhalb des Selbständigen Gewerkschaftsbundes ist die Selbständige Bergarbeitergewerkschaft. Darüberhinaus haben sich in ihm verschiedene Betriebsorganisationen zu-

sammengeschlossen, die später in eigene Branchengewerkschaften gegliedert werden sollen. Bisher hat der Selbständige Gewerkschaftsbund laut eigenen Angaben etwa 130.000 Mitglieder. Seine Hauptaktivitäten konzentrieren sich auch hier auf die Verteidigung der grundlegenden Rechte und Interessen der Arbeitnehmer.

Jegliche gewerkschaftliche Arbeit gestaltet sich aber noch sehr schwierig: Laut Aussage von Vertretern des Gewerkschaftsbundes scheinen „sich alle bürokratischen Kräfte, vor allem die Kommunistische Partei und ihre Handlanger, gegen unsere Organisation vereinigt“ zu haben. Bisher durften die oppositionellen Gewerkschaften keine Zeitung publizieren; sie erhalten selbstverständlich auch keinerlei materielle Hilfe zur Verbreitung ihres Werbematerials. Ende März erhielten sie ein kleines Zimmer als Sitz. Es fehlt jedoch an allen technischen Voraussetzungen für zielführende Arbeit, wie Telefonen, Schreibmaschinen, Kopierern, Autos oder ähnlichem.

Trotz dieser schlechten Arbeitsbedingungen führte aber der von den oppositionellen Gewerkschaften getragene Generalstreik der vergangenen Wochen zum Rücktritt der im Mai gebildeten Regierung, zur Bildung einer neuen Regierung unter Ministerpräsident Ylli Bufi und zur Ankündigung baldiger Neuwahlen.

Erste Kontakte mit italienischen, deutschen und anderen Gewerkschaften wurden bereits geknüpft, aber aufgrund der zu kurzen Zeit bisher noch nicht intensiviert.

Parteienlandschaft

Später als alle anderen Reformländer hat sich auch Albanien auf dem Weg der Demokratisierung begeben. Innerhalb kürzester Zeit kam es dann bereits Ende März 1991 zu den ersten Parlamentswahlen, zu denen neben der KP auch andere Parteien kandidieren konnten. Dies bedeutete natür-

lich, daß den erst zu Beginn des Jahres gegründeten demokratischen Parteien sehr wenig Zeit blieb, sich zu organisieren und ihren Wahlkampf zu führen, im Laufe dessen auch nicht unbedingt gleiche Bedingungen für die regierende KP und die oppositionelle Parteien herrschten. Trotz alledem waren alle demokratischen Kräfte vor der Wahl sehr optimistisch, diese für sich entscheiden zu können. Die Wahl brachte die große Enttäuschung: Die Kommunistische Partei, unter Ramiz Alia, gewann mehr als zwei Drittel der Sitze im Parlament, die größte Oppositionspartei, die Demokratische Partei, unter ihrem Vorsitzenden Sali Berisha, nur knapp unter einem Drittel. Alle anderen Oppositionsparteien, u. a. die Republikanische Partei, die Ökologische Partei und die Agrarier, schafften den Sprung ins Parlament nicht. Während alle Wahlbeobachter aus der Hauptstadt Tirana berichteten, die Wahlen seien fair und demokratisch gewesen, änderte sich dieser Eindruck in ländlichen Gebieten völlig. Hier kam die jahrzehntelange harte Hand des kommunistischen Regimes mit allen dazugehörigen Einschüchterungen und Tricks noch voll zum Tragen.

Die Demokratische Partei versucht nun, im Parlament so weit wie möglich Einfluß auf die Regierung zu nehmen und demokratische Verhältnisse durchzusetzen, klagt aber über große Probleme auf allen Ebenen. Sie bekennt sich zum Konzept der sozialen Marktwirtschaft, zur pluralistischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, und betrachtet sich selbst als Mitte-Rechts-Partei westeuropäischer Prägung. Sie beteiligte sich gemeinsam mit dem Selbständigen Gewerkschaftsbund ebenfalls vehement an dem soeben erfolgreich beendeten Generalstreik.

Zusammenfassend gilt sicher für Albanien dasselbe wie für Bulgarien, Rumänien und auch Serbien: Noch ist der Weg in die Demokratie nicht endgültig beschritten.

Sowjetunion

Gewerkschaften

Auch in der Sowjetunion entstanden mit dem Beginn der Demokratisierung zahlreiche unabhängige Gewerkschaften. Die wichtigste davon ist heute zweifelsohne die jüngst von Finanzskandalen erschütterte Bergarbeitergewerkschaft, die sich außerhalb der Gesamtsowjetischen Konföderation der Gewerkschaften der UdSSR, der Nachfolgeorganisation der im Oktober 1990 aufgelösten offiziellen Gewerkschaft, organisiert hat. Durch ihre nun bereits über zwei Jahre dauernden Streikmaßnahmen übt sie beträchtlichen Druck auf die sowjetische Regierung aus. Dabei beschränkt sie ihre Forderungen inzwischen nicht mehr auf soziale und lohnpolitische Fragen, sondern formuliert auch konkrete politische Ziele, unter anderem forderte sie mehrfach den sofortigen Rücktritt von Präsident Gorbatschow.

Im Oktober 1990 beschloß der Zweite Unabhängige Bergarbeiterkongreß, sich als erste überregionale, unabhängige Gewerkschaft, unter der Bezeichnung Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft, zu konstituieren. In mehreren Republiken sind die zahlreichen Streikkomitees als Keimzellen neuer Arbeitnehmerorganisationen anzusehen. Sie und einige Führer der neuen Bergarbeitergewerkschaft zählen auch zu den Gründungsmitgliedern des im Mai 1991 in Nowo Kusnezsk ins Leben gerufenen Unabhängigen Gewerkschaftsbundes. Neben den Bergarbeitern engagieren sich hier vor allem auch Arbeiter aus Stahl- und Motorenwerken in Moskau, Perm, Sverdlovsk und Briansk. Als dritte interrepublikanische Gewerkschaft, deren Keimzelle aber in Moskau liegt, begannen auch die Sozialistischen Gewerkschaften, kurz Sozprof genannt, Ende 1990 ihre politische Arbeit. Bei dieser Organisation besteht aber der Verdacht, daß sie von seiten der Staatsgewerkschaft infiltriert ist.

Die Unabhängigen Gewerkschaften, die heute selbst angeben, etwa 10.000 Mitglieder zu haben und von ca. 300.000 bis 400.000 Leuten unterstützt zu werden, stehen in scharfer Opposition zur Kommunistischen Partei, zu den Staatsgewerkschaften und zur Zentralregierung. Sie legen großen Wert darauf, von jeglicher politischer Partei unabhängig zu bleiben.

Allen unabhängigen Gewerkschaftsinitiativen fehlen nach wie vor alle materiellen und organisatorischen Voraussetzungen, um sich unionsweit organisieren zu können. Außerdem unterliegt die freie gewerkschaftliche Betätigung in der Sowjetunion immer noch vielfältigen Behinderungen, von Schwierigkeiten beim Zugang zu Fernsehsendezeit bis hin zu repressiven Maßnahmen gegenüber Gewerkschaftsaktivisten.

Neben allgemein politischen Forderungen mit dem Ziel einer wirklichen Demokratisierung der UdSSR, konzentrieren sich die Aktivitäten der Gewerkschaften auf die Erreichung besserer Lebensbedingungen für die Arbeiter. Durch die Unterstützung einer Politik der Privatisierung und der Einführung von Marktmechanismen bei gleichzeitigem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit versuchen sie, dies zu erzielen.

Eines der wesentlichen Probleme ist auch die Frage des Eigentums der KPdSU und der staatlichen Gesamtsowjetischen Konföderation der Gewerkschaften der UdSSR, die heute immer noch auf mehr als 100 Millionen Mitglieder verweist. Diese Mitgliederzahlen sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß sie über gewaltige Geldmittel und Sachvermögen verfügt und damit wesentliche Druckmittel den Arbeitnehmern gegenüber in der Hand hat. Bis zuletzt zählt die Konföderation zu den konservativen Kräften im Lande, wobei das Verhältnis zur Kommunistischen Partei ein sehr enges ist. Das bedeutet natürlich auch, daß sich der sowjetische Gewerkschaftsbund noch nicht aus sei-

ner instrumentalisierten Funktion gegenüber dem Parteiapparat gelöst hat. Die bereits 1990 beschlossene Reform (früher nannte sich die Dachorganisation Zentralrat der Sowjetischen Gewerkschaften) hat an dieser Situation bisher sehr wenig geändert. Auf dem Papier soll der sowjetische Gewerkschaftsbund nun föderalistisch aufgebaut sein, die Autonomie der einzelnen Branchengewerkschaften und der Gewerkschaftsbünde der Sowjetrepubliken soll gewährleistet sein. Der Kongreß, auf dem dies beschlossen wurde, fand aber ohne Beteiligung von Delegierten aus Estland, Lettland, Litauen und Georgien statt. Die Gewerkschaften dieser Republiken haben den neuen Gewerkschaftsverband bisher weitgehend ignoriert.

Parteienlandschaft

Eines der Grundprinzipien der von Michail Gorbatschow eingeleiteten Reformen ist das Festhalten an der Vorherrschaft der Kommunistischen Partei. Seine Vorstellung von Demokratisierung war immer eine Demokratisierung innerhalb der Partei bei gleichzeitiger Reform der Wirtschaft.

Der größere politische Freiraum brachte es aber mit sich, daß sich die Gegebenheiten in den einzelnen Republiken sehr verschieden entwickelten. Unabhängigkeitsstreben, Unbehagen gegen die kommunistische Zentralregierung, der Zusammenbruch der Wirtschaft führten zur Bildung zahlreicher demokratischer, politischer Parteien und Gruppierungen, die sich jedoch nicht auf gesamtowjetischer Ebene organisiert haben. Es ist daher zum gegebenen Zeitpunkt noch kaum möglich, die Parteienlandschaft der UdSSR zu behandeln. Die Zukunft wird zeigen, ob die UdSSR zerfällt, auf welcher Basis eine weitere Zusammenarbeit zwischen den Republiken erfolgen kann, bzw. auch welche Parteien sich aus heute bestehenden demokratischen Gruppierungen etablie-

ren werden. Ein wesentlicher Schritt dazu wird die im Juni 1991 stattfindende Direktwahl des Präsidenten der russischen Republik sein, der damit nach der Wahl des georgischen Präsidenten der zweite demokratisch legitimierte Republikspräsident der Sowjetunion sein wird.

Möglicherweise kann das sogenannte Zehner-Abkommen zwischen neun Republiken und Präsident Gorbatschow über die Zukunft der UdSSR, das bereits zur Namensänderung in „Union Souveräner Sowjetrepubliken“ führte, die Basis für eine friedliche Lösung des Problems bilden.

Die Folgen des Entstehens freier Gewerkschaften in Mittel- und Osteuropa für die internationalen gewerkschaftlichen Vereinigungen

Durch den Ausstieg einer Reihe von ost- und mitteleuropäischen Gewerkschaften aus dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) ist diese internationale, kommunistische Dachorganisation in existentielle Schwierigkeiten geraten. Die neugestalteten, offiziellen Gewerkschaftsbünde Ungarns, Bulgariens, Rumäniens und der CSFR haben sich vom Weltgewerkschaftsbund gelöst, lediglich die polnische OPZZ und der sowjetische Gewerkschaftsbund halten dem WGB nach wie vor die Treue. Eine ähnliche Entwicklung zeichnete sich im Bereich der Industrieverbände ab. Bei den elf internationalen Vereinigungen der Gewerkschaften, den Branchenorganisationen des WGB, ist die gleiche Entwicklung eingetreten. Mit diesem Exodus ist aber auch der WGB insgesamt in Frage gestellt. Das Selbstverständnis als internationalistischer, kommunistischer und antikapitalistischer Gewerkschaftsdachverband steht heute auf äußerst wackeligen Beinen. Neben Gewerkschaften aus Vietnam, Kuba, Indien und einigen Arabischen bzw. Afrikanischen Ländern, hält noch die französische CGT dem WGB die

Treue. Das Ausscheiden wesentlicher Mitglieder hat natürlich auch die finanziellen Grundlagen des WGB und der Branchengliederungen geschmälert.

Für den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), den Weltverband der Arbeit (WVA) und den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) bringen die Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa ebenfalls eine neue Situation. Bereits 1980 wurde die polnische Solidarność sowohl Mitglied des IBFG, als auch der Christlichen Gewerkschaftsinternationale, des WVA. 1990 wurde der reformierte tschechoslowakische Gewerkschaftsbund ČSKOS in den IBFG aufgenommen. Noch nicht absehbar ist, welche weiteren Beitritte in nächster Zeit zu erwarten sind.

Durchaus denkbar ist, daß sich in

Ungarn, Bulgarien und Rumänien die neben den früheren Staatsgewerkschaften neu entstandenen freien und unabhängigen Verbände vorerst überhaupt keiner Gewerkschaftsinternationale anschließen.

Gewinner der Entwicklung könnte aber jedenfalls der ideologisch nicht so gebundene Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) sein. Eine Reihe von mittel- und osteuropäischen Gewerkschaftsverbänden hat bereits Kontakt zum EGB aufgenommen. Vor allem auch die Hoffnung auf eine möglichst enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft scheint mit ein Motiv für diese Orientierung zu sein. Ob allerdings der EGB Organisationsstärke und Integrationskraft genug aufweist, um sich dieser neuen Herausforderung zu stellen, bleibt noch abzuwarten.